Nr. 157. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 9. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Konfessionelle Landarbeitervereine.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben:

Um der modernen Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, sind so manche ihrer Einrichtungen von den Gegnern nachgeahmt worden. Den freien Gewerkschaften folgten die Gewerkvereine, später die christlichen Gewerkschaften und die gelben Werksvereine; den Arbeitersekretariaten folgten die vom Staat und von den Gemeinden unterstützten Volksauskunfteien, und als die proletarische Jugendbewegung sich ausdehnte, gründete man „nationale" Jugendvereine, für die Millionen ausgegeben werden. Jetzt ist unsere Landarbeiterorganisation im Aufblühen begriffen, und sofort geht man an die Gründung gegnerischer Verbände.

Die liberalen Blätter verkündeten gleich nach den Wahlen, daß von liberaler Seite Landarbeitervereine gegründet werden sollten. Und in Pommern hat man sich auch inzwischen nach dieser Richtung bemüht. Jetzt wird von christlicher Seite dieses Gebiet in Angriff genommen. Die Zersplitterung der Kräfte, die auf industriellem Gebiete den Arbeitern tiefe Wunden schlägt, soll aufs platte Land hinausgetragen werden, obgleich die Arbeiterorganisationen noch schwach, die Verbände der Arbeitgeber dagegen riesenstark sind. Neben dem Bund der Landwirte bestehen der Bauernbund und allerlei andere landwirtschaftliche Vereine. Hierzu hat sich in den letzten Jahren noch der landwirtschaftliche Arbeitgeberverband gesellt. Nach seinem Programm will er ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schaffen und die Interessen beider Teile vertreten. Er will Arbeitsnachweise errichten und steht mit den industriellen Arbeitgeberverbänden in einem festen Kartellverhältnis, um „einen gesunden Austausch zwischen den einzelnen Arbeitskräften der verschiedenen Branchen durchzuführen". Der landwirtschaftliche Arbeitgeberverband will ferner den Arbeitern unentgeltliche Rechtsauskunft erteilen und ihnen bei der Ansiedelung behilflich sein. Natürlich bekämpft er auch mit voller Energie den sogenannten Kontraktbruch der Arbeiter.

Während die Arbeitgeber also doppelt und dreifach gerüstet sind, kommt ihnen jetzt obendrein noch die „christlich-nationale" Arbeiterbewegung zu Hilfe.

Kürzlich hat in Königsberg der Kongreß der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands getagt und beschlossen, konfessionelle Landarbeitervereine zu gründen. Es heißt in dem ausführlichen Programm, daß es die Pflicht der Anhänger der christlichen Bewegung sei, die Landarbeiter christlich-nationalen Organisationen zuzuführen. Wer diese Pflicht nicht anerkennt oder diese Arbeit zu hindern sucht, versündige sich an seinem Volk. Von einer gewerkschaftlichen Organisation könne bei der Eigenart und Verschiedenheit des Arbeitsverhältnisses nur dort die Rede sein, wo die Möglichkeit zur Gründung konfessioneller Vereine fehle. Den Landarbeitern könne der Streik zur Zeit der Ackerbestellung und der Ernte nicht zugestanden werden. Die Gründung konfessioneller Landarbeitervereine, mit denen gegebenenfalls Dienstbotenvereine und Frauenvereine parallel gehen könnten, sei deshalb energisch zu betreiben. Unter Mitwirkung der Gemeinden und Behörden hätten die Landarbeitervereine zunächst an der Lösung folgender Sonderaufgaben zu arbeiten:

a) Gründung von paritätischen Arbeitsnachweisen;

b) Bildung von Arbeitsausschüssen zur Ueberwachung der Arbeitsnachweise und Schlichtung aller aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfragen;

c) nachdrücklichst für die Gründung von Baugenossenschaften einzutreten;

d) Spar- und Darlehnskassen ins Leben zu rufen;

e) zur Erreichung einer höheren Bildungsstufe des ganzen Standes unermüdlich auf die allgemeine Durchführung des Fortbildungsschulunterrichts hinzuwirken;

f) Reform der Gesindeordnung;

g) die Durchführung der allgemeinen religiösen, nationalen und sozialen Aufgaben der evangelischen Arbeitervereine zu betreiben.

Der Ernst der gegenwärtigen Zeit erfordere in jeder Beziehung Persönlichkeiten, die, innerlich gefestigt, dem Ansturm der Feinde Widerstand zu leisten vermöchten. Kirche, Kultur, Vaterland, alles sei in Gefahr, darum gelte es, dem noch immer christlich und national denkenden Landarbeiterstand die notwendige Freude an seinem Beruf zu wahren.

Es sollen also konfessionelle Landarbeitervereine gegründet werden. Zu den evangelischen Arbeitervereinen, zu den Kriegervereinen auf dem Lande sollen sich nun auch noch diese Organisationen gesellen. Natürlich steht ihnen die preußische Regierung sehr freundlich gegenüber. Der Regierungspräsident für den Regierungsbezirk Königsberg erklärte auf dem Kongreß der evangelischen Arbeitervereine, Organisationen unter den Landarbeitern seien notwendig, aber nur dann aussichtsvoll, wenn in diesen Organisationen Arbeitgeber und Arbeiter zusammenarbeiteten.

Nicht jeder Junker wird diese Auffassung teilen, so manchem wird selbst die Gründung von solchen schwächlichen konfessionellen Vereinen zuwider sei. Die Agrarier hassen jede Vereinsbildung ihrer Arbeiter. Insbesondere wünschen sie nicht die berufliche Vereinigung, auch wenn diese noch so harmlos und zahm ist. Sie könnte ihnen vielleicht doch einst gefährlich werden. Meist wird sie zudem als Vorstufe zu einer sozialdemokratischen Organisation betrachtet.

Man sehe sich nur genau an, wie das Zentrum zur Landarbeiterfrage steht. In ihm gibt es gewiß viele Organisationstalente, und die Zentrumsleute organisieren möglichst alle ihre Anhänger, um sie fester an ihre Partei zu ketten. In den Städten und Industriegegenden gibt es, abgesehen von den Fachvereinen und christlichen Gewerkschaften, noch Lehrlings-, Gesellen- und Arbeitervereine. Selbst die erwerbstätigen Frauen und Mädchen werden in besonderen Vereinen organisiert. Auf dem Lande fehlen aber die Berufsvereine für die ländlichen Arbeiter und das Gesinde nahezu vollständig. Man hat wohl nichts gegen ihre Zugehörigkeit zu einem Volksverein; die Landarbeiter beruflich zu vereinigen, hat man aber bisher unterlassen, vor allem mit Rücksicht auf die Agrarier. Es ist den Geistlichen einer westdeutschen Diözese sogar verboten worden, Arbeitervereine in rein ländlichen Gegenden zu gründen, da sie, wie erklärt wird, die Gefahr von Zerwürfnissen mit den Besitzern in sich trügen. Nur in einer einzigen Diözese, in Ermland, besteht eine größere Anzahl katholischer Landarbeitervereine, doch halten sie sich, wie ihnen die Zentrumsleute nachrühmen, in den bescheidenen Grenzen einer Sterbekasse. Trotzdem besteht ein Mißtrauen gegen diese Berufsvereine in den Kreisen der Besitzer. Und in Zentrumskreisen erklärt man, daß man sich der Gefahr nicht verschließen dürfe, die für diese Vereine in der fortwährenden Berührung mit anderen gewerblichen Arbeitern liege; den Bestrebungen, gewerkschaftliche Tendenzen in die Landarbeitervereine hineinzutragen, werde man mit Nachdruck entgegentreten müssen. Am besten lasse sich diese Gefahr vermeiden, wenn die Landarbeitervereine sich auf die religiös-sittlichen Aufgaben beschränken und alle beruflichen Fragen prinzipiell ausschieden.

Die Sorge ums Jenseits, die man lediglich den Zentrumsvereinen überlassen will, kostet bekanntlich den Arbeitgebern nicht einen Pfennig. Im Gegenteil, sie, die Kirche und das Zentrum, fahren recht wohl dabei, wenn die Arbeiter sich lediglich mit religiös-sittlichen Dingen befassen.

Das Programm, das die evangelischen Arbeitervereine, die in Deutschland über 120 000 Mitglieder zählen, für die Landarbeiter aufgestellt haben, schlägt diese in neue Fesseln. Es sollen wohl Spar- und Darlehnskassen ins Leben gerufen werden; doch wie die Landarbeiter sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen sollen, wird mit keinem Wort gesagt. Die Kämpfe um eine bessere Existenz sollen nach dem Wunsch der evangelischen Arbeitervereine noch mehr erschwert werden. In einzelnen Staaten Deutschlands haben nämlich die Landarbeiter das Streikrecht. Das soll ihnen genommen werden. Den Agrariern freilich gehen auch diese Vorschläge der evangelischen Arbeitervereine noch zu weit. In ihren Blättern wird erklärt, man dürfe wohl annehmen, daß die Gründer evangelischer Arbeitervereine auch für die übrige Zeit den Landarbeitern das Streikrecht nicht zubilligen wollten, denn sie würden sich der Einsicht doch wohl nicht verschließen, daß auch die so hochwichtige Viehhaltung im Winter durch einen Streik der Leute unermeßlichen Schaden erleiden könne und daß andererseits ein vor der Ackerbestellung oder Ernte begonnener Streik sich sehr leicht so hinziehen könne, daß weder die Aussaat zur rechten Zeit beendet, noch die Ernte rechtzeitig eingebracht werden könne.

Die Gründer konfessioneller Landarbeitervereine werden natürlich diesem dringenden Wunsche gerne nachkommen, und wenn sie auch theoretisch den Landarbeitern den Streik im Winter zugestehen, ausgeführt wird er mit ihrer Zustimmung nie werden, ganz abgesehen davon, daß er in dieser Jahreszeit zwecklos ist. Die Hauptwaffe zur Erringung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit wird den Landarbeitern versagt. Man tut so, als ob diese Dinge nur unwesentlicher Natur wären; und doch sind sie die Hauptsache. Erst dann wird der Landarbeiter auf eine höhere Kulturstufe gelangen, wenn er sich einigermaßen angemessener Löhne und einer geregelten kürzeren Arbeitszeit erfreut.

Die Wohnungsfrage, die ebenfalls eine überaus wichtige ist, tut man damit ab, daß man den Landarbeitern empfiehlt, mit Hilfe der Gemeinden und Behörden — Baugenossenschaften zu gründen. Selbst wenn diese Hilfe gewährt wird und selbst wenn die Landarbeiter in der Lage wären, an der Gründung von Baugenossenschaften tatkräftig mitzuwirken, so bedeutete das nichts weniger als eine Seßhaftmachung der Arbeiter, die überaus schädliche Folgen hätte. Gemeinden und Behörden müßten recht tief in den Beutel greifen, wollten sie auf diesem Gebiet etwas Nennenswertes schaffen: sie werden aber kaum Lust dazu verspüren. Und die Landarbeiter! Sie arbeiten bald hier, bald dort. Ihr Verdienst reicht kaum zum Leben aus, geschweige zur Beteiligung an Baugenossenschaften. Selbst den Industriearbeitern ist es ja erst in wenigen Gebieten und meist nur in Verbindung mit den Konsum- und Produktivgenossenschaften gelungen, Baugenossenschaften zur Errichtung von kleinen Wohnhäusern zu gründen; und da sollen die viel schlechter gestellten Landarbeiter an diese Frage herangehen!

Seit Jahren bemüht man sich unter Aufwendung großer Mittel, die Landarbeiter anzusiedeln. Der Erfolg ist sehr bescheiden. So hat die Ostpreußische Landgesellschaft bis zum Jahre 1910 in 4½ Jahren 67 Landarbeiter angesiedelt. Ferner ist versucht worden, die Landarbeiter auf Domänen anzusiedeln. Aber das praktische Ergebnis ist, wie die agrarischen Blätter eingestehen, geradezu kläglich. Ein sehr großer Teil aller überhaupt in Betracht kommenden Kreise in Preußen hat direkt ablehnend geantwortet, während andere Bedenken aller Art geltend gemacht haben und für eine praktische Inangriffnahme der Ansiedelung nicht zu haben sind.

Es besteht in weiten Kreisen der Agrarier eine Abneigung gegen die Ansiedelung, da diese nicht ganz nach ihren Wünschen vorgenommen wird. Sie fordern bei der Ansiedelung die völlige Versklavung der Leute, und da die Regierung das nicht ganz mitmachen kann, so stehen viele Junker der Ansiedelung teilnahmslos gegenüber.

Ferner soll eine „Reform" der Gesindeordnung erstrebt werden — nicht etwa die Abschaffung, die von allen Arbeitern, selbst von den christlichen, als notwendig erachtet wird; denn wer ihre Greuel kennen gelernt hat, kann nicht ihr Freund bleiben und auch nicht ihre „Reform" fordern, sondern muß auf ihre Beseitigung dringen. In bürgerlichen Kreisen freilich steht man dieser Frage völlig gleichgültig gegenüber. Es gibt „moderne" Frauenrechtlerinnen — von den bürgerlichen Parlamentariern ganz abgesehen —, die erklären, daß die Gesindeordnung nur auf dem Papier stände und daß man deshalb auf ihre Abschaffung gar nicht zu dringen brauchte. Die Verfasser des Programms für die konfessionellen Landarbeitervereine wollten jedoch wenigstens etwas bieten, daher haben sie die Reform der Gesindeordnung vorgeschlagen. Wird diese Arbeit den Einzelstaaten überlassen, so wird sicherlich in Preußen eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung herauskommen. Die Interessen des Gesindes werden eher geschädigt als gefördert. Hier kann es nur einen Radikalschnitt geben, und der muß im Reichstage für alle Einzelstaaten vorgenommen werden.

Den heftigsten Widerstand werden die konfessionellen Vereine finden, wenn sie tatsächlich versuchen sollten, einige ihrer Programmpunkte, wie Gründung von paritätischen Arbeitsnachweisen, Bildung von Arbeitsausschüssen zur Ueberwachung der Arbeitsnachweise und Schlichtung aller aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfragen, zu verwirklichen. Beide Forderungen bedeuten immerhin einen gewissen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustande, und deshalb werden sie von den Agrariern aufs schärfste bekämpft werden, sobald für sie auf dem Lande agitiert werden wird.

Den Arbeitsnachweis haben die Landwirte schon möglichst organisiert, natürlich in der einseitigsten Weise. Für die Beschaffung von ausländischen Arbeitern haben sie ihre Zentralen. Die Landwirtschaftskammern haben längst Vermittelungsstellen eingerichtet; sie haben aber nach Ansicht der Agrarier zu teuer gearbeitet, und daher sind diese zum Teil dazu übergegangen, sich Vereine zu schaffen, die im wesentlichen den Mitgliedern Arbeitskräfte zu besorgen haben. Als das neue Stellenvermittelungsgesetz in Kraft trat, wurde diesen Vereinen von den Behörden Schwierigkeiten bereitet; man sah sie nicht gern, da sie Konkurrenzunternehmen der Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammern waren. Aber diese Vereine haben sich doch durchgesetzt. Nachdem nun die Arbeitsnachweise in den Händen der Agrarier sind, sollen diese den Arbeitern Konzessionen machen und mit deren Vertretern zusammen in paritätischen Nachweisen sitzen? In harten Kämpfen müßten ihnen diese Einrichtungen wieder abgerungen werden, und davon wollen die Gründer der konfessionellen Vereine doch nichts wissen. Die Agrarier betonen in dieser Hinsicht den Herrenstandpunkt noch weit schärfer als die Gewerbetreibenden und Industriellen.

Ebenso verhält es sich mit den Arbeiterausschüssen zur Ueberwachung der Arbeitsnachweise und der Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfragen. Auch hier werden die Agrarier eine schroff ablehnende Stellung einnehmen; und die Behörden wie die Gemeinden sind in den ländlichen Gegenden ja lediglich die Vollstrecker des Willens der Agrarier. Auf sie darf also nicht gerechnet werden. Will man den Landarbeitern hier helfen, so stelle man sie unter die Gewerbegerichte. Hilfe nach dieser Richtung tut dringend not. Es ist ein Jammer, wenn man sehen muß, wie heutzutage die Landarbeiter allein auf den beschwerlichen, kostspieligen und leider oft vergeblichen Weg der Klage vor den Amts- und Landgerichten angewiesen sind.

In der Hauptsache werden sich die konfessionellen Landarbeitervereine darauf beschränken, sittlich-religiöse Aufgaben zu erledigen. Man will ja auch in Wirklichkeit gar nicht den Landarbeitern helfen, sondern lediglich den Fortschritt der modernen Arbeiterbewegung auf dem Lande hemmen. Das ist der wahre Zweck der Uebung. Und deshalb sollen auch an diesen Aufgaben alle Gemeindemitglieder mitarbeiten. Daher auch die Sympathie der preußischen Regierung für derartige Vereine. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, beizeiten einzugreifen und die Landarbeiter vor diesen neuen Fesseln zu warnen. Ein kräftiges Leben wird diesen konfessionellen Landarbeitervereinen nie beschieden sein, doch können sie hemmend auf unsere Bewegung einwirken und das muß im Interesse der Landarbeiter vermieden werden.

Die internationale Spionage.

Wieder liest man von verhafteten Spionen. Ein russischer in Deutschland — ein deutscher in Rußland. Vor einigen Monaten waren die englisch-deutschen Spionageprozesse an der Tagesordnung. Zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche reißt dieses angenehme Band auch nicht ab, ebensowenig zwischen den übrigen Militärmächten, mögen sie nun im bloßen Waffenstillstand, dem bei Gelegenheit der Krieg folgen soll, verharren oder in enger Freundschaft, wie ja Rußland und Preußen-Deutschland, oder gar durch ein Bündnis (Oesterreich-Italien!), eine entente cordiale, oder wie alle die diplomatisch-journalistischen Bezeichnungen lauten, verknüpft sein. Ueberall wird spioniert, überall die Anwerbung von Spionen in Feindes- pardon: Freundes-Land betrieben, überall auch diese Spionagetätigkeit abgeleugnet. Alles das muß so sein.

Denken wir uns zwei wilde Stämme oder, ein Stück Wildheit in unserer eigenen Gesellschaft, die Angehörigen zweier Verbrecherbanden, die in Feindschaft leben und einander Vernichtung geschworen haben. Selbstverständlich werden sie sich belauern, um eine Gelegenheit zu erspähen, nach Möglichkeit — falls solche Korruption bei Wilden schon zu finden ist — auch aus den Angehörigen der feindlichen Seite Verbündete zu werben suchen, die sie über deren Unternehmungen unterrichten. Tatsächlich stehen unsere Militärstaaten trotz alles Firnisses von Christentum und Kultur einander in ganz gleicher Weise gegenüber. So ergibt es sich auch von selbst, daß sie zu dem wenig schönen aber nach Lage der Dinge unumgänglichen Hilfsmittel der gegenseitigen Ausspionierung greifen. Jeder macht es so und weiß natürlich auch von dem anderen, daß er es tut, nimmt es ihm auch nicht weiter übel. Von diplomatischen Vorstellungen oder gar schärferen Maßregeln aus solchem Anlaß hört man nichts. Sie liegen eben alle, wie der Schweizer sagt, im selben Spittel krank. Und leidenschaftliche Spieler nehmen einander ein wenig Mogeln auch nicht übel. Die Monarchenbegegnungen vollziehen sich trotz aller Spionageprozesse mit unverminderter Höflichkeit und vorgeschriebener „Herzlichkeit". Kein Teil wird, wenn er die wohlgezählten Küsse auf die Wangen des „freundwillig geliebten Vetters und Bruders" appliziert, dabei an so etwas wie Judasküsse denken. Es ist nun einmal so, und jeder weiß das.

Tatsächlich geht es auch den ertappten Spionen nicht zu schlimm. Verständnisvoll lächelnd brummt man ihnen einige „ehrenvolle" Festungshaft auf, die oft noch durch einen Freundlichkeitsakt des Souveräns bald beendet wird. Und was ist schließlich die von allen Militärmächten gepflegte Einrichtung der Militär- und Marineattachés, deren Aufgabe doch nur die Ermittlung der zutage liegenden Stärken und Schwächen des „Freundesstaates" ist, anders als ein Stück allseitig betriebener, offiziell zugelassener Spionage — nicht zu reden von der inoffiziellen, strafbaren Spionage, die sich oft genug gerade daran anschließt.

Anders wird die Sache, wenn das Geschäft nicht mehr von einem Gliede der befreundeten feindlichen Nation betrieben wird, sondern von einem Angehörigen des eigenen Staates, womöglich einem mit militärischen Geheimnissen beschäftigten Beamten, der sich für schnödes Geld als Landesverräter verdungen hat. Dann ist die Entrüstung allgemein, schwere Zuchthausstrafe, dauernder Ehrverlust die Folge. Und doch ist auch diese ganze Empörung eitel Heuchelei. Wenn schon der Hehler nicht besser ist als der Stehler: welche Verachtung gebührt dann dem, der zu den Handlungen, die er feierlich für die nichtswürdigsten erklärt und als solche bestrafen läßt, andere tagtäglich selbst anstiftet? Man entrüstet sich über den Lumpen, der für Geld Nachrichten an die englische oder französische Regierung liefert, und arbeitet selbst daran, Franzosen und Engländer ihrem eigenen Lande gegenüber zu ebensolchen Lumpen zu machen. Als vor einigen Monaten die englisch-deutschen Spionageprozesse spielten, konnte man in unserer „nationalen" Presse die Klage lesen: Spionage, na ja, machen wir alle. Aber die Engländer übertreiben es. Und die früher in Deutschland so sehr belachte Spionenangst der Franzosen war doch auch nur ein Zeichen dafür, daß wie mancher andere Teil des militärischen Verwaltungsdienstes auch das Kundschafterwesen bei den Preußen besser klappte als drüben.

Und gilt denn schließlich nicht dieselbe Verrätermoral im Kampfe der herrschenden Klasse um die Erhaltung ihrer Macht innerhalb der einzelnen Staaten? Als nützlichste Elemente werden die Arbeiter geschätzt, die ihre Arbeiterehre verkaufen und ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Der Haß, den unsere staatserhaltenden Kreise jedem Gegner des Systems entgegenbringen, wandelt sich in Sympathie für jeden Lumpen, der seine ehedem laut verkündete „Ueberzeugung" drangibt, um drüben bessere Geschäfte zu machen.

Der Krieg.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel:

Die Offiziersrevolte in der Türkei.

Maßnahmen gegen die Arbeiter bildeten den Anfang der türkischen Konterrevolution, Maßnahmen gegen die Offiziere und die Armee bilden ihren Abschluß. Zwischen den Arbeitern und der Armee besteht zwar kein Zusammenhang, dennoch zeigen beide Maßnahmen eine konsequente Entwickelung, denn sie zeigen, wie die jungtürkische Regierung immer mehr von der demokratischen Basis abrückte, um sich schließlich in einen offenen Gegensatz zu dieser zu stellen, so daß nunmehr zwischen Regierung und Volk eine Kluft sich aufgetan hat, die beinahe ebenso groß ist, wie unter Abdul Hamid.

Diese Revolution war ja bekanntlich von Anfang an eine Offiziers- und Beamtenbewegung. Aber so unbedeutend vor der Revolution die Organisation des Komitees „Union und Fortschritt" war, so hatte sie doch einigen Anschluß an die Volksmassen, besonders an die Handwerkerzünfte. Die Revolution selbst hat mit einem Schlage die Volksmassen auf den politischen Schauplatz gebracht. Es begannen die großen Eisenbahner- und sonstige Streiks, ferner die Boykotts, die in der ersten Zeit eine große Massenbewegung unter der Leitung der Zünfte waren. Statt aber den Interessen der Volksmassen Rechnung zu tragen und so aus ihnen eine Stütze des Parlamentarismus zu bilden, hat das Komitee den umgekehrten Weg eingeschlagen. Man hatte ja die furchtbare Tragik der russischen Revolution vor den Augen und wollte ihre Fehler vermeiden. Man fürchtete den Zusammenbruch, der erfolgen würde, wenn die Massen die Revolution auf ihre demokratische Spitze treiben würden. So war ja bis jetzt der geschichtliche Verlauf jeder Revolution. Sie wollten darum die Geschichte überlisten und den Abschluß der Revolution zu ihrem Anfang machen. Dies, soweit sie überhaupt imstande waren, sich eine geschichtliche Idee zu bilden. Im allgemeinen machten sie sich überhaupt keine Gedanken und folgten blindlings dem Impuls, die Macht zu behalten und die Opposition nicht aufkommen zu lassen. Sie waren also bemüht, die Massen zurücktreten zu lassen. Anderseits waren sie eifrig bestrebt, bei den Regierungen und der Hochfinanz als staatserhaltende Elemente sich geltend zu machen. Von dieser Seite wurden sie erst recht und zielbewußt auf den Weg der Konterrevolution getrieben. Vom ganzen Werk der Revolution blieb unter diesen Umständen als leitender Gedanke nur noch die Schaffung eines modernen zentralisierten Staates mit einer wohldisziplinierten Armee, guten Verkehrsmitteln, einer starken Beamtenschaft und einem weitverzweigten Steuersystem.

Die Hervorhebung der Zentralisationstendenz unter gleichzeitiger Einschränkung der Demokratie trieb die Opposition der nichttürkischen Nationalitäten empor, die außerdem in dem parlamentarischen Regime eine freiere Möglichkeit ihrer Entfaltung gefunden haben. Um so schärfer betonten die Jungtürken den türkischen Staatsgedanken, was, selbstverständlich, wiederum seine Rückwirkung auf der anderen Seite nicht verfehlt hatte. Da außerdem der Volksgedanke sich immer mehr nur noch im Opposition zum jungtürkischen Regime geltend machen konnte, so sah man bald die seltsame Erscheinung, daß die Vertreter der alten Ordnung, mehr oder weniger verkappte Reaktionäre, und die Vertreter der Demokratie und des Liberalismus, die einzige lebenskräftige Strömung der jungen Türkei, sich zusammen im Lager der Opposition fanden. Die dadurch entstandene politische Verwirrung bewirkte, daß die jungtürkische Regierung nunmehr blindlings auf die Opposition losschlug. Meistens traf sie die Demokratie, indem sie die Reaktion zu treffen glaubte; oft gebrauchte sie den Kampf gegen die Reaktion als Vorwand, um zielbewußt die Volksrechte einzuschränken, und schließlich wurde das zur Regel.

Indessen seufzten die Bauern unter dem furchtbaren Steuerdruck und es wuchs der Pauperismus in den Städten. Es stieg die allgemeine Unzufriedenheit, im Parlament selbst trat die Opposition mit wachsendem Selbstbewußtsein, sogar Uebermut, hervor, innerhalb der Unionspartei griff ein Gefühl der Unsicherheit und des Zweifels um sich, schließlich verlor die Regierung ihre Majorität.

Das Parlament wurde aufgelöst. Da aber das Parlament, und dabei auch noch verhältnismäßig schwach, die allgemeine Mißstimmung und Verwirrung, die im Lande herrschte, widerspiegelte, so konnte die Regierung nur durch Wahlterrorismus und Wahlfälschungen ein gefügiges Parlament zusammenbringen. Worauf stützte sie sich dabei? Auf die Staatsgewalt. Und worauf stützte sich die Staatsgewalt? Auf die Armee! Und nun kommt die Regierung und verlangt vom Parlament Gefängnisstrafen für Offiziere, die Politik treiben, weil sie anders die Armee sich nicht mehr gefügig halten zu können glaubt!

Man mochte noch so sehr darauf drängen, daß die Armee außerhalb der Politik bleiben solle, so ist das doch schon in normalen Zeiten nicht ganz möglich, in einer Zeit revolutionärer Umgestaltungen aber absolut undurchführbar. In dem Maße, wie die jungtürkische Regierung das Vertrauen des Volkes einbüßte, mußte sie auch ihre Anhängerschaft in der Armee verlieren. Es ist denn auch seit Jahr und Tag bekannt, daß die Gärung im Offizierkorps immer schärfer hervortritt. Ich hatte wiederholt Gelegenheit, das zu konstatieren, und verwies auch darauf, daß sich eine Militärrevolte vorbereite.

Der Albaneraufstand gab bloß den Anstoß zu dieser Revolte, die, wie unsere kurze Entwickelungsskizze zeigt, auf allgemeine Ursachen zurückzuführen ist. Ohne den Krieg wäre sie schon längst ausgebrochen. Es ist möglich, daß auch jetzt noch der Krieg, der besonders den Offizieren die größte Rücksicht auferlegt, verhindert, daß die Bewegung um sich greift, sie also zum Ersticken bringt. Sie bleibt aber unter allen Umständen ein sehr wichtiges politisches Symptom.

Der Kriegsminister hat zwar versichert, es seien ihm aus Offizierskreisen zahlreiche Zuschriften zugekommen, die ihn zu einem energischen Vorgehen gegen die Offiziere, die Politik treiben, ermuntern, aber dieser Trost steht auf sehr schwachen Füßen. Es darf vor allem nicht übersehen werden, daß die parlamentarische Regierung vom alten Regime eine große Menge Offiziere hat übernehmen müssen, die alles weniger denn fortschrittlich gesinnt sind. Die Revolution wurde von der Elite gemacht, und diese bildet auch die einzige Basis für die moderne Leitung der Armee. Man kann ohne diese Elemente nicht auskommen. In ihrer Mitte sieht es aber ganz anders aus, als der Kriegsminister darstellt. Die Umwandlung der Gesinnung vollzog sich vor meinen Augen. Gegenwärtig erhalte ich von meinem persönlichen Verkehr wie von allem, was mir Leute, die das Milieu kennen, mitteilen, den einzigen, immer denselben Eindruck: den einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Regierung.

Es ist wohl nicht nötig, noch besonders nachzuweisen, daß durch ein Gesetz, das jeden Offizier, der einen politischen Artikel — gleichwohl welcher Art — veröffentlicht, mit Gefängnis bestrafen will, diese Dinge nicht aus der Welt geschaffen werden. Die Zustimmung aus Offizierskreisen ist nur noch ein weiteres Symptom dafür, mit welcher Leidenschaft dort der politische Kampf geführt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juli 1912.

Staatsminister a. D. Hobrecht.

In Groß-Lichterfelde bei Berlin ist gestern der Staatsminister a. D. Artur Hobrecht gestorben, der nicht nur als Oberbürgermeister von Breslau und Berlin, sondern auch als preußischer Finanzminister und liberaler Parlamentarier eine hervorragende Rolle im öffentlichen Leben gespielt hat. Am 14. August 1824 geboren, studierte er in Königsberg, Leipzig und Halle die Rechte, trat dann in den preußischen Gerichts- und Verwaltungsdienst ein und brachte es bis zum Regierungsrat. 1868 wurde er zum Oberbürgermeister von Breslau und 1872 zum Oberbürgermeister von Berlin erwählt, bis er 1878 zum Finanzminister ernannt wurde, da ein anderer Bismarck genehmer Mann für den Posten nicht aufzutreiben war. Die Tätigkeit Hobrechts als Steuerbeschaffer dauerte jedoch nicht lange, schon im Juli 1879 mußte er gehen. Hobrecht widmete sich nun der parlamentarischen Tätigkeit. Er ließ sich noch im selben Jahr in das Preußische Abgeordnetenhaus wählen und erhielt 1881 ein Mandat zum Reichstag (für Marienwerder-Stuhm), trat dort aber wenig hervor, während er im Preußischen Abgeordnetenhause eine Zeitlang als Führer der nationalliberalen Fraktion eine größere Rolle spielte.

Interessant ist, wie er preußischer Finanzminister geworden ist: eine Geschichte, die der damalige Ablatus Bismarcks, Christoph von Tiedemann, in seinem Buch „Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei" mit vielem Humor geschildert hat. Für die Art und Weise, wie im Kulturstaat Preußen Minister berufen werden, ist diese Erzählung höchst charakteristisch.

Herr v. Tiedemann erzählt, daß er, als Camphausen seinen Abschied verlangt hatte, in Bismarcks Auftrag nach einem neuen Finanzminister suchte. Bismarck fragte am 21. März 1878 Tiedemann, ob er keine Kandidaten wisse. Varnbüler, Günther, Ernsthausen — immer Kopfschütteln. „Nun war auch mein Latein zu Ende" berichtet Tiedemann in seinen Erinnerungen und fährt dann fort:

> Der Fürst strich seine Augenbrauen, blickte sinnend zum Fenster hinaus und sagte halb ärgerlich, halb scherzend: „Wozu habe ich denn eigentlich einen vorragenden Rat, wenn er mir nicht einmal Minister verschaffen kann? Besinnen Sie sich noch einmal gründlich. Bis heute abend verlange ich von Ihnen einen Finanzminister — tot oder lebendig."
>
> „Ich durchblätterte nun auch meinerseits das Staatshandbuch — aber nichts Geeignetes wollte sich finden lassen.
>
> So kam der Abend heran. Es war Donnerstag, wo sich unser Klub in der Potsdamer Straße versammelte. Ich ging gegen Mitternacht dorthin, verdrießlich und abgespannt. James Hobrecht (der Baurat), neben dem ich Platz nahm, begann ein Gespräch über die gegenwärtige Ministerkrisis, an dem ich nur widerwillig teilnahm, so daß er mich fragte, warum ich heute so zerstreut sei. Ich erwiderte, daß ich jemand vergeblich gesucht habe und fragte dann, um dem Gespräch eine andere Wendung zu geben, ob sein Bruder Artur Hobrecht (der Oberbürgermeister) heute abend noch erscheinen werde. Dabei schoß mir wie ein erleuchtender Blitz der Gedanke durch den Kopf, ob Artur Hobrecht nicht etwa der Gesuchte sein könne, und seltsamerweise erschien in diesem Augenblick ein Kanzleidiener, der mich zum Fürsten berief. Während ich zum Reichskanzlerpalais fuhr, überlegte ich mir, ob Hobrecht nicht in der Tat sich zum Finanzminister qualifiziere. Ich war hierüber noch nicht mit mir im reinen, als ich ins Schlafzimmer des Fürsten trat, der sich bereits zu entkleiden begonnen hatte und mich mit den Worten empfing: „So, nun hat Stephan auch abgelehnt. Na Pötter, wat maht wi nu?" Ich antwortete, daß ich einen Finanzminister gefunden zu haben glaubte, und nannte frischweg Hobrecht. Der Fürst besann sich eine Weile und äußerte dann, daß scheine ein glücklicher Gedanke zu sein. Dann fragte er mich, ob ich mit Hobrecht so genau bekannt sei, daß ich ihn noch in dieser Nacht überfallen und fragen könne, ob er Minister werden wolle. Ich bejahte dies. Der Fürst bat mich nun, Hobrecht sofort aufzusuchen, und ihm dann Nachricht zu bringen. Er werde nicht einschlafen bis ich zurückgekehrt sei.
>
> Es war ein Uhr nachts, als ich an Hobrechts Wohnung klingelte. Der Diener, der mich kannte, teilte mir auf mein Befragen mit, daß der Herr Oberbürgermeister sich noch in einer Abendgesellschaft befinde, aber jeden Augenblick zurückkehren könne, und führte mich dann in Hobrechts Arbeitszimmer. Hier fand ich auf dem Sofatisch das letzte Heft der „Preußischen Jahrbücher" aufgeschlagen, und zwar bei einem Treitschkeschen Essay über die Entstehung des Zollvereins. Ich las die kurze, aber lebendige Schilderung der ersten Wirksamkeit des Finanzministers v. Motz. Nach Verlauf einer kleinen halben Stunde erschien Hobrecht im Frack und weißer Binde, den Hut im Nacken, im leicht geröteten Gesicht einen ungewöhnlich lustigen Ausdruck. Haltung und Sprache ließen zweifellos erkennen, daher aus einer sehr fröhlichen Gesellschaft kam. Er war natürlich höchst erstaunt über meine Anwesenheit zu so später Nachtstunde und sein Erstaunen wich nicht, als ich ihm möglichst unbefangen sagte, ich sei gekommen, um bei ihm noch eine Zigarre zu rauchen und eine Flasche Selterwasser zu trinken. Beides wurde herbeigeschafft. Hobrecht entledigte sich seines Gesellschaftsanzuges und setzte sich mir dann behaglich und neugierig gegenüber, mehr und mehr zu der Ueberzeugung kommend, daß ich ihm noch etwas Besonderes mitzuteilen habe.
>
> Als er endlich mit einer direkten Frage herausrückte, antwortete ich: „Ja, ich wollte Sie auch beiläufig fragen, ob Sie nicht Lust haben, Finanzminister zu werden."
>
> Hobrecht sah mich starr an. Er hielt das Ganze für einen Scherz und wußte offenbar nicht recht, wie er ihn aufnehmen sollte. Als ich indessen meine Frage kaltblütig wiederholte und dabei hinzufügte, der Reichskanzler habe mich ausdrücklich beauftragt, noch in dieser Nacht mit ihm zu verhandeln, sprang er erregt auf, lief im Zimmer umher und rief hochaufatmend: „Diese Sache könnte einen ja mit einem Male nüchtern machen." Ich sagte, indem ich ihm die „Preußischen Jahrbücher" zeigte, daß ich zu meiner Freude ersehen, wie er heute noch die Geschichte der preußischen Finanzpolitik studiert habe; ich müßte dies als ein gutes Omen für den Erfolg meiner Mission ansehen.
>
> Nach einer Weile fragte mich Hobrecht, wann er mich morgen vormittag sprechen könne. Ich antwortete, daß ich bis zwölf Uhr zu Hause sein werde. „Nun," sagte Hobrecht, „ich werde mir die Sache beschlafen; wenn ich aber morgen im Kater noch so denke, wie heute in der Besoffenheit, so sage ich: Ja! Also auf Wiedersehen morgen."
>
> Als ich zum Fürsten zurückkehrte, lag dieser bereits im Bett. Er rief mir entgegen: „Nun, wie steis, haben wir einen neuen Minister?" — Ich erwiderte, Hobrecht habe erklärt, wenn er morgen im Kater so dächte wie heut nacht in der Besoffenheit, so wollte er die Finanzen übernehmen. Der Fürst war höchlichst ergötzt und meinte, diese sympathische Antwort berechtige zu den günstigsten Erwartungen.
>
> Am nächsten Morgen stellte sich Hobrecht rechtzeitig ein und wurde zum Finanzminister ernannt.

Kriegervereine zu Wasser.

In Düsseldorf fand am Sonnabend ein Abgeordnetentag der Vereinigung Deutscher Marinevereine statt. Festessen, Kommers, Umzug usw. schlossen sich daran. Das nennt man dann den „Deutschen Marinekongreß". Wie des öfteren hervorgehoben wurde, hat das Reichsmarineamt aus Anlaß dieser recht bedeutungslosen Tagung die Torpedoboote den Rhein hinauffahren lassen! Der Vorsitzende, Kontreadmiral z. D. Thiele, dessen frisches Aussehen die Uebernahme auf den Pensionsfonds keineswegs zu rechtfertigen scheint, ließ es an der Betonung des kriegervereinlichen Antisozialismus nicht fehlen. Er forderte namentlich emsige Jugendwerbung durch Wassersportübungen, Schwimmunterricht usw. (worauf die Aufmerksamkeit der freien Jugendbewegung ja vielleicht ebenfalls gerichtet werden könnte) und erklärte, daß für die „Kameraden Arbeiter" etwas geschehen müsse in ihren wirtschaftlichen Kämpfen, da sie als treue deutsche Männer doch nicht den „sozialdemokratischen" Organisationen beitreten könnten. Das Referat über die Sache wurde aber abgesetzt, und man trennte sich von dem Pappe-Kriegsschiff der Tonhallen-Bühne mit dem Ruf: Auf Wiedersehen in Neunkirchen 1913.

Reichstagsersatzwahl in Bayern.

Für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Bachmeier haben die Bauernbündler im Wahlkreis Pfarrkirchen den Landtagsabgeordneten Eisenberger als Kandidaten aufgestellt. — Das Zentrum, das den Kreis lange Jahre zu seinem sicheren Besitzstand rechnen konnte, wird verzweifelte Anstrengungen machen, das Mandat wieder zu erobern.

Verkürzung der militärischen Dienstzeit.

Der mecklenburgische „Ritter" von Plessen-Renz veröffentlicht in der „Deutschen Volkszeitung" einen Artikel, in dem er für 1½jährige Dienstzeit bei den Fußtruppen und 2½jährige Dienstzeit bei den berittenen Truppen eintritt. Er preist seinen Vorschlag unter anderem damit an, daß dann ein größerer Prozentsatz aller Diensttauglichen eingestellt werden könnte. v. Plessen begründet seine Idee wie folgt:

> „Wer den Infanteriedienst in 1½ Jahren und den Kavalleriebezw. Artilleriedienst in 2½ Jahren nicht gelernt hat, lernt ihn überhaupt nicht. Die alte Mannschaft des letzten Jahrganges hat sich den Dienst an den Schuhsohlen abgelaufen, und die meisten Strafen der Strafbücher entfallen wohl auf die alte Mannschaft."

Neben der Vermehrung der zum Kriegsdienst Ausgebildeten hat aber Herr v. Plessen noch andere Wünsche. So verlangt er, daß die Entlassung der Mannschaften stets zu Ostern stattfinden soll. Aus „volkswirtschaftlichen" Gründen. Denn, so führt v. Plessen aus: „Die hohen Sommerlohne würden die abgehende Mannschaft wieder aufs Land zurückführen; einmal wieder in den heimischen

Verhältnissen warm geworden, würden die jungen Leute williger dort bleiben . . ."

Daß die Verkürzung der Dienstzeit sehr wohl möglich ist, wird neuerdings selbst von Militärs des öfteren versichert.

Duellverordnung.

Wie die „Mil.-pol. Korr." meldet, soll die neue Kabinettsordre über das Duell im Herbst zu erwarten sein. Die Kabinettsordre soll im Einverständnis mit den bayrischen, sächsischen und württembergischen Instanzen erlassen werden. Der wichtigste Passus werde sein, daß Duelle künftighin grundsätzlich erst nach Abschluß eines förmlichen ehrengerichtlichen Verfahrens ausgetragen werden dürfen.

Die Schulreaktion in Hessen.

Der Chef des hessischen Schulwesens, Geheimrat Süffert, hat sich in einer Audienz, die einige Lehrer bei ihm hatten, zu dem Verhalten der Lehrer in der Ordensfrage und zur Betätigung der Lehrer im politischen Leben ausgespochen. Es ist mehrfach vorgekommen, daß Lehrer die ihnen verliehenen Orden zurückgewiesen haben. In dieser Zurückweisung erblickt der Geheimrat Süffert eine Illoyalität gegenüber der Regierung. Zu der politischen Betätigung der Lehrer äußerte sich Geheimrat Süffert dahin, daß er nicht wünsche, daß die Lehrer sich mit Politik befassen. Das äußerte er zu einer Deputation, der ein Lehrer als Mitglied angehörte, der gleichzeitig Landtagsabgeordneter ist. — In Hessen ist man nicht immer auf dem Standpunkt gestanden, daß Lehrer sich mit Politik nicht befassen sollen. Es ist nämlich gar nicht so lange her, daß in Worms den Volksschullehrern von ihrer vorgesetzten Behörde Urlaub erteilt wurde, damit sie an einem Kursus teilnehmen konnten, den der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie veranstaltet hatte. Die hessische Unterrichtsverwaltung scheint in der Tat völlig zu übersehen, daß auch den Lehrern dieselben Rechte zukommen wie den übrigen Staatsbürgern auch. Die hessischen Lehrer, die in der Weise behandelt werden, haben sich allerdings sehr zahm verhalten, denn alles, was sie unternommen haben, bestand darin, daß sie in Darmstadt eine Tagung abhielten, auf der sie beschlossen, an die Regierung die Bitte zu richten, ihnen gegenüber dasselbe Wohlwollen walten zu lassen, dessen andere Beamte sich erfreuen.

Portugal.

Die konterrevolutionäre Bewegung.

Lissabon, 8. Juli. Eine amtliche Note besagt: Die verstärkte Garnison Montalegre hielt drei- bis vierhundert Verschwörer, die unter Anführung des Kapitäns Paiva Couceiro standen, in Schach. Eine weniger zahlreiche Bande ging auf der Straße von Verin nach Chaves vor. Von Chaves aus wurde ihr eine Abteilung entgegengeschickt. Die Bevölkerung von Cabaceiras de Basto hat sich bei der Ankunft von Truppen aus Braga ergeben; viele Rebellen entflohen, andere wurden gefangen genommen. Ein von den Rebellen eingesperrter Beamter wurde befreit. Die Landesfahne wurde wieder unter den vorschriftsmäßigen Ehrenbezeugungen gehißt. Das 5. Infanterieregiment geht nach Oporto ab.

Lissabon, 8. Juli. In Barrosellas ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Verwaltung ist in die Hände der Militärbehörden übergegangen. Zwischen Braga, Vianna de Castello und Espozende sind die Telegraphenleitungen durchschnitten worden. Die Eisenbahnstrecke ist bei Barrosellas, wo Balken auf die Schienen gelegt worden sind, unterbrochen. Von Chaves sind Truppen nach Montalegre abgegangen. Eine Abteilung Verschwörer lagert einige Kilometer von Montalegre entfernt. Auch nach Mairos und Travancas, wo sich auch Rebellen befinden, sind Truppen abgegangen. In Villaverde wurde ein Mann verhaftet, der Briefe nach Mirandella bei sich führte. In Chaves wurden acht Verhaftungen vorgenommen.

Marokko.

Bevorstehende Kämpfe mit einem der Gegensultane.

Paris, 7. Juli. Aus Fez wird vom 5. Juli gemeldet: Der Rogi soll über 3000 Fußsoldaten verfügen, von denen 1000 Leute dem Fischtala-Stamme angehören. Er befindet sich in der Gegend von Decharli, wo General Gouraud morgen eintreffen wird. Die Delegierten von 40 Stämmen, die bei Suk-el-Arba und Mediuna am Uerga versammelt sind, sollen versprochen haben, sich mit dem Rogi zu vereinigen. Gouraud beabsichtigt, die Bewegung aufzuhalten und wird wahrscheinlich seine Rückkehr nach Fez verschieben.

Fez, 8. Juli. Nach hierher gelangten Meldungen ist es General Gouraud gelungen, den Rogi am Morgen des 6. Juli zu schlagen und in die Flucht zu treiben. Gouraud verließ am Abend des 5. Juli mit 4 Bataillonen, Gebirgsartillerie und Kavallerie das Lager am Sebouflusse und überraschte gegen 4 Uhr morgens den Rogi 12 Kilometer südlich von Moulavbouchta. Der Kampf dauerte bis ½2 Uhr mittags. Die Stärke des Feindes betrug 2000 Mann, darunter mehrere hundert Reiter. Nach kurzem Widerstande flüchtete der Rogi unter Zurücklassung zahlreicher Toter. Die Artillerie nahm die Verfolgung der Flüchtigen auf. Das ganze Zeltlager, Patronen und Gepäck fiel in die Hände der Franzosen.

Der Widerstand der algerischen Eingeborenen gegen die Dienstpflicht.

Oran, 7. Juli. Hier ist das Gerücht verbreitet, daß in der Gegend von Nedromah Unruhen ausgebrochen sind. An zuständiger Stelle wird dies jedoch bestritten. Die Aushebung der Eingeborenen, die mit Rücksicht auf die Gärung im Lande eingestellt wurde, soll etwa am 12. oder 13. dieses Monats wiederaufgenommen werden. Der Sicherheit halber werden afrikanische Jäger und Zuaven morgen nach Nedromah abgehen.

Norwegen.

Der Rüstungswahnsinn.

Das Storthing hat am Sonnabend außer den bereits mitgeteilten Summen noch bewilligt: 700 000 Kronen für Festungsbauten bei Horten am Kristianiafjord, 400 000 Kronen für eine Flottenstation bei Bergen, 100 000 Kronen für eine Flottenstation bei Trondhjem und die gleiche Summe für eine Station bei Kristiansand. Es sind im ganzen rund 20 Millionen Kronen (bei einer Bevölkerungszahl von 2½ Millionen Menschen!) außerordentliche Ausgaben, die jetzt für Rüstungszwecke bewilligt worden sind. Meist waren es bei den verschiedenen Posten nur die 11 sozialdemokratischen samt drei oder vier bürgerlichen Abgeordneten, die dagegen stimmten. Nur bei zwei Posten war die Minorität etwas stärker, nämlich bei den 15 Millionen für Panzerschiffe, die mit 82 gegen 40 Stimmen, und bei den Festungsbauten in Horten, die mit 84 gegen 36 Stimmen bewilligt wurden.

Die Sozialdemokratie hat alles aufgeboten, um diese ungeheuerlichen Rüstungen, die ja schließlich doch das arbeitende Volk in der Form erhöhter indirekter Steuern wird tragen müssen, zu verhindern. Am Freitagabend, als das Storthing seine Beratungen über Rüstungsvorschläge begonnen hatte, veranstaltete die Sozialdemokratie eine gewaltige Straßendemonstration, an der über 30 000 Männer und Frauen teilnahmen. Es war die größte Arbeiterdemonstration, die bisher in Norwegen stattgefunden hat, und zum ersten Male reichte der alte Demonstrationsplatz auf Tullinlökken nicht aus, um der Masse hinreichend Platz zu bieten. Es wurde eine scharfe Resolution gegen die Flottenpläne wie gegen den Militarismus überhaupt einstimmig angenommen. Sie ist dem Storthingspräsidenten dann überreicht worden.

Aus der Partei.

Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie findet am 31. August und 1. September in Heilbronn statt. Außer den Berichten der verschiedenen Instanzen und Kommissionen sind nachfolgende Referate vorgesehen: Aus dem Reichstage; Vor den württembergischen Landtagswahlen; Die Frauenfrage in Württemberg; Die Jugendfrage in Württemberg; Das Genossenschaftswesen.

Zum Stichwahlabkommen

nahm die Kreiskonferenz des 8. sächsischen Reichstagswahlkreises (Pirna) nach einem Referat des Gen. Fleißner folgende Resolution an: „Die Parteigenossen des 8. sächsischen Reichstagswahlkreises bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der Fortschrittlichen Volkspartei, durch das unsere Genossen in 16 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Dämpfung des Wahlkampfes zu sichern."

Der Kampf gegen die sozialdemokratische Presse.

Im Waldenburger Bergbaurevier, dem schlesischen Wahlkreis des Gen. Sachse, feiert das Grubenkapital wahre Orgien in der Niederdrückung der sozialistischen Bewegung. Ganz besonders verhaßt ist ihm die seit einem Jahre erscheinende sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht". Die Grubenbeamten machen in den Garderoben und in den Werkswohnungen förmliche Jagd auf das Blatt, und jetzt werden auch die Inserenten in einer schamlos terroristischen Art bearbeitet, um sie vom Inserieren in der „Bergwacht" abzuhalten. Unser dortiges Parteiorgan zählt folgende Fälle auf:

Fall 1: Ein in W. ansässiger Wagenbauer hatte fürden „so-
Fall 1: Ein in W. ansässiger Wagenbauer hatte für den „so-
in der „Bergwacht" inseriert. Natürlich — denn der Mann muß Steuern zahlen und die Arbeit nehmen, wo er sie herbekommt. Aber er wurde übel bestraft. Er war Schützenkönig und durfte eines Tages nicht mehr die Ehrenschüsse für den Kronprinzen abgeben. Er ging beschwerdeführend bis zum Landrat. Dort wurde ihm folgender Bescheid: Sie arbeiten für den Konsum, aus diesem Grunde können wir Sie die Ehrenschüsse nicht abgeben lassen.

Fall 2: Sattlermeister H. hatte ständig inseriert. Eines Tages zog er die Inserate zurück mit der Motivierung, daß ihm ein Wink gegeben sei, wonach er bei Weiterinserieren die fürstliche Arbeit verlieren würde.

Fall 3: Ein Uhrmachermeister hatte auf dem Pleßschen Schloß in Waldenburg die Uhren reguliert. Weil er aber davon allein nicht leben konnte, inserierte er nach weiterer Kundschaft in der „Bergwacht". Auch ihm wurde angedeutet, daß er dadurch die fürstliche Kundschaft verlieren könnte, und das Inserieren unterblieb.

Fall 4: Der Töpfermeister, der im Konsumneubau sämtliche Oefen setzte, wurde vom fürstlichen Bauführer nach Bad Salzbrunn berufen und wegen der Konsumarbeit zur Rede gestellt.

Fall 5: Ein Glasermeister hat für den Konsum sämtliche Glaserarbeiten geliefert und annoncierte in der „Bergwacht". Sein Jahresinseratenabonnement hob er plötzlich auf und erbot sich, den ausfallenden Betrag zu deponieren, da er nicht mehr inserieren darf. Gründe: Ebenfalls der berühmte Wink mit dem Zaunpfahl.

Fall 6: In Rothenbach haben mehrere kleine Geschäftsleute das Inserieren aufgegeben, weil sie die Befürchtung hegen, daß ihnen die Grubenverwaltungen die Hypotheken kündigen werden.

Fall 7: In Nieder-Hermsdorf muß ein Zigarrenhändler sein Geschäft zum Verkauf anbieten, weil er wegen einiger Inserate in der „Bergwacht" vom Beamten- und Steigerpersonal der benachbarten Gruben boykottiert wurde.

Fall 8: Ebenfalls in Nieder-Hermsdorf wurde einem Drogisten, der sein neues Geschäft in der „Bergwacht" bekannt machen wollte, bereits am Stammtisch der Boykott angedroht.

Fall 9: Einem Buchbindermeister in Gottesberg, der auch Bilder einrahmt, wurde wegen eines Inserats in der „Bergwacht" von einem Stadtbeamten angedroht, er werde dafür sorgen, daß ihm nicht mehr viel Bilder zum Einrahmen ins Haus gebracht würden.

Mit diesen Maßregeln glaubt der freikonservative Grubenklüngel für die nächsten Wahlen den Mittelstand zu seiner Gefolgschaft machen zu können.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Flugblattverbreitung und Sonntagsverordnung.

Die für die Provinz Westfalen unter dem 24. Juni 1897 erlassene Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage verbietet in Uebereinstimmung mit den gleichartigen Verordnungen in den anderen preußischen Provinzen für Sonn- und Feiertage alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten. Unter den wenigen Ausnahmen befindet sich die, daß während der Zeit, wo die Post an Sonn- und Feiertagen bestellt, auch der durch Privatunternehmer vermittelte Briefverkehr zugelassen sein soll.

Wegen Uebertretung der Verordnung waren die Genossen Grau und Denkert in zweiter Instanz von der Strafkammer in Münster zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie durch Verteilung von sozialdemokratischen Flugblättern in einem Orte des Kreises Lüdinghausen eine öffentliche bemerkbare Arbeit verrichtet haben sollten. Als strafbar wurde ihnen diese am Sonntag verrichtete Tätigkeit nur so weit angerechnet, als sie sich auch nach Beginn der Zeit für den Hauptgottesdienst vollzog, und damit nach Beendigung des Postverkehrs. In der Beziehung führte das Landgericht Münster aus: Die Verteilung der Flugblätter vor Beendigung des Postverkehrs falle unter die Ausnahmebestimmung für den Briefverkehr, der durch private Unternehmer vermittelt werde. Die Flugblätter glichen nach Form und Größe den Schriften, die auch die Post bestelle. Andererseits wäre anzunehmen, daß die Ausnahmebestimmung nicht nur auf eigentliche Briefe sich habe beschränken wollen. Sie beziehe sich auch auf die Druckschriften. Und als Privatunternehmer, der hier den Verkehr vermittelte, komme der sozialdemokratische Bezirksleiter des Kreises Lüdinghausen in Betracht, der die Flugblätter habe verteilen lassen. Daß er kein Gewerbe daraus machte, sei gleichgültig. — Da nun die Angeklagten aber auch noch nach Beendigung der fraglichen Zeit ihre Tätigkeit fortsetzten, so seien sie zu verurteilen, denn eine Arbeit sei jede nicht lediglich der Erholung oder des Vergnügens wegen unternommene Tätigkeit. Durch das Gehen von Haus zu Haus sei ferner den Einwohnern des Ortes bekannt geworden, was die Angeklagten taten. Die „Arbeit" sei also öffentlich bemerkbar gewesen.

Das Kammergericht hob auf die Revision der Angeklagten das Urteil auf und verwies die Sache zu anderweiter Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt:

Das Landgericht habe den Begriff der Arbeit verkannt, wenn es sage, daß eine solche jede Tätigkeit wäre, die nicht lediglich der Erholung oder des Vergnügens wegen unternommen werde. Diese Auslegung erschöpfe nicht den Begriff. Was angeführt sei, wären nur einige Merkmale. Hinzukommen müsse noch, daß die Tätigkeit mit einer gewissen Anstrengung verbunden sei, die, wenn es sich um eine öffentlich bemerkbare Arbeit handeln solle, öffentlich in die Erscheinung treten müsse. Das Landgericht müsse nunmehr nachprüfen, ob eine derartige Anstrengung vorgelegen habe. Dabei müsse dann aber auch nochmal nachgeprüft werden, ob die Tätigkeit vor 10 Uhr vormittags in der Tat unter den Briefverkehr im Sinne der Ausnahmebestimmung falle, was anscheinend unzutreffend sei, oder ob nicht auch diese Tätigkeit vor 10 Uhr, falls eine öffentlich bemerkbare Arbeit überhaupt festgestellt werde, in den strafbaren Tatbestand mit einzubeziehen sei.

Soziales.

Gelbe und blaue Volksversicherungen.

Die auf dem Genossenschaftstag beschlossene Einrichtung einer Volksversicherungs-Aktiengesellschaft „Volksfürsorge" hat es den um ihren Millionenprofit besorgten Versicherungsgesellschaften und den in ihrem Sinne schreibenden Preßorganen angetan.

Die Versicherungsgesellschaften lassen ihre Stimmen warnend, drohend und klagend ertönen. Blätter vom Schlage des „Berliner Börsen-Courier" und ähnliche lassen in ihrem Versicherungsteile ganze Leitartikelkanonaden los.

Die Unternehmer kommen auf praktischere Gedanken. Die **Volksversicherung der Düsseldorfer Vereinsversicherungsbank** ist so einer. Dies Institut, dessen derzeitiges Kapital etwa 3,5 Millionen Mark beträgt, versichert **unter Mitwirkung der Unternehmer** die Arbeiterschaft ganzer Betriebe, knüpft also an die berüchtigten Wohlfahrtseinrichtungen der Großindustrie an. Das ist die gelbe Volksversicherung! Nach der Gründung der „roten" Volksversicherung, wie man die Volksfürsorge gern nennt, um sie zu diskreditieren, haben jetzt endlich auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler ausgeschlafen und möchten für sich auch noch eine „blaue" Volksversicherung machen. Das Hirsch-Dunckersche Zentralorgan aller Gewerkvereine schreibt in seiner soeben erschienenen jüngsten Nummer zu diesem Thema:

„Es ist nicht zu leugnen, daß diese neue Volksversicherung (die Volksfürsorge. D. R.) gute Zukunftsaussichten hat, zumal sie auch in der Anlage der Kapitalien den Interessen der Volksversicherten dienen will.

An **die übrigen Arbeiterorganisationen, die auf nationalem Boden stehen**, tritt daher die überaus wichtige Frage heran, wie sie die Wohlfahrtseinrichtung der Volksversicherung **auch in den Dienst ihrer Richtungen stellen können**, um schon nicht aus äußeren Gründen im Wettbewerb mit den „freien" Gewerkschaften in den Hintergrund gedrängt zu werden. Trotz der Hunderttausende ihrer Mitglieder dürften sie das Beispiel der „Volksfürsorge" kaum selbständig nachmachen können. Ein Zusammenarbeiten mit der Düsseldorfer Vereinsversicherungsbank könnte sie in die Nachbarschaft von Organisationsbestrebungen bringen, die ihren gewerkschaftlichen Grundsätzen widersprechen.

Da ist es wohl von Interesse, darauf hinzuweisen, daß eine solche gemeinnützige Versicherungsform jetzt im **Verbande öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten** geschaffen ist, der sechs Provinzialanstalten in den **östlichen** Provinzen bereits besitzt und jetzt auch im Westen festen Fuß faßt. Dieser zukunftsreichen Institution, die mit zahlreichen Selbstverwaltungsorganen Hand in Hand arbeitet, soll nach Einführung der großen Lebensversicherung eine **Volksversicherungsabteilung nach rein** gemeinnützigen Grundsätzen erhalten."

Was ist der „Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten"?

Der **Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten** ist außerordentlich jung, er wurde erst vor wenigen Monaten gegründet. Die Organisation ist geschaffen worden von der Versicherungsanstalt der **ostpreußischen** Landschaft, von der **schlesischen** und der **pommerschen** Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, von der Lebensversicherungsanstalt **Westpreußen** und der **posenschen** Provinziallebensversicherungsanstalt. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Rechte einer juristischen Person. Das Stammkapital ist einstweilen auf 1,5 Millionen Mark festgesetzt worden, das von den Mitgliedern eingezahlt ist, und die ersten fünf Jahre überhaupt nicht, dann mit 3,5 vom Hundert verzinst werden wird.

Bis jetzt handelt es sich also — **trotzdem die privaten Versicherungs-Aktiengesellschaften schon weidlich über die gesunde Konkurrenz schimpfen, um nur ländliche Versicherungsgesellschaften.** Seine Ursache hat dies darin — und das scheint die Leitung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nicht zu wissen oder nicht sagen zu wollen —, daß diese Lebensversicherungsgesellschaften öffentlich-rechtlicher Art **mit der landschaftlichen Entschuldungsaktion der östlichen preußischen Provinzen parallel gehen.** Die Gelder der Gesellschaften sollen den ländlichen Kreisen in Form von Hypotheken wieder zur Verfügung gestellt werden, der Abfluß des Geldes nach den Großstädten, den Kapitalzentren, soll vermieden werden.

Sicher ist ein öffentlich-rechtliches Versicherungsinstitut, das nur 3,5 Proz. Dividende zahlt, keine Tantiemen kennt, festbleibende Prämiensätze erhebt usw. viel besser, als die privaten Aktiengesellschaften, welche das Versicherungsgeschäft betreiben. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, ob solcherlei Einrichtungen, die vorläufig nur für die ländliche Bevölkerung geschaffen und auf diese zugeschnitten sind, und die mit der östlich-preußischen Entschuldungsaktion konform laufen und arbeiten, für städtische Arbeiter die richtigen Volksversicherungsgesellschaften sind. Der „Gewerkverein" tröstet sich über diesen Mangel damit hinweg, daß er meint, die von ihm empfohlenen Gesellschaften haben bis jetzt zur **Seßhaftmachung von Landarbeitern** auf der „eigenen Scholle" Geld hergeliehen, sie werden es — was aber noch durchaus unsicheres Kalkül der Hirsche ist — auch mit den Prämienreserven der einzuführenden Volksversicherung so machen und diese zur Finanzierung von Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaften hergeben. Das ist liberale Zukunftsmusik! Und die ist wackeliger als alle Märchen über die Qualität der sozialdemokratischen Zukunftsgedanken.

Eine Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsgesellschaften, wie sie der „Gewerkverein" bezeichnet, wäre zugleich auch eine Abkehr von dem Prinzip, unter welchem sie gegründet worden sind. Oder wollen die Gewerkvereinler nach Ost- und Westpreußen, nach Pommern, Posen und Schlesien auswandern?

Nun noch einiges zu der mehr als eigentümlichen Bemerkung über „das in den Dienst stellen" für die eigene Richtung. Meinen die Gewerkvereine, wenn man schon die Dummheit für eine Schlauheit halten will, daß die zur **ländlichen** Entschuldungsaktion, zur **ländlichen** Hypothekenbeleihung und zur **ländlichen** Seßhaftmachung von **Landarbeitern** gegründeten Organisationsaushilfsmittel der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten sich so ohne weiteres vor den Hirsch-Dunckerschen Landsturmwagen spannen lassen werden? Und überdies: was hat die „Volksfürsorge" überhaupt mit der Richtung zu tun? Sie ist für die Arbeiter da und fragt nicht nach der politischen Anschauung desjenigen, der sich innerhalb ihrer Reihen versichern will.

So ist aber der abgehalfterte Liberalismus, wenn er schon bei seinem Wiedermalaufwachen merkt, daß die Entwickelung weiter ist, als er beim Einschlafen noch wahrgenommen hat, gleich will er wieder seine Entwickelung für sich haben. —

Der „Gewerkverein" wird wohl seine Mitglieder noch erfolglos auffordern, an der ländlichen Entschuldungsaktion mitzuarbeiten, wenn die „Volksfürsorge" der freien Gewerkschaften und Genossenschaften bereits bewiesen haben wird, was sie für den Arbeiter zu leisten imstande ist.

Gewerkschaftliches.

Innungsmeister-Terror.

Die Berliner Fleischerinnung, zu deren Aufgaben auch die Schaffung gedeihlicher Verhältnisse im Gewerbe zählt, glaubt dieser Aufgabe am besten nachzukommen, wenn sie die berechtigten Forderungen der Gesellen nach Kräften zurückweist. Da solche Forderungen nur vom Zentralverband der Fleischer vertreten werden, so übt die Innung gegen dessen Mitglieder den schlimmsten Terror aus. Durch Hunger will man die Gesellen zwingen, aus dem Zentralverband auszutreten. Wer auch nur verdächtig ist, Mitglied des Verbandes zu sein, dem wird durch den Sprechmeister der Innung keine Arbeit nachgewiesen.

Jüngst erhielt ein Geselle folgenden Schreibebrief des Sprechmeisters:

Hermann Dräbert,
Sprechmeister der Berliner Fleischerinnung.
Mulackstraße Nr. 3 — Berlin — Mulackstraße Nr. 3.
Fernsprecher Amt 3, Nr. 3656.

Berlin, den 26. Juni 1912.

An den Fleischergesellen Herrn . . . . .

Die Fleischerinnung zu Berlin hat durch Generalversammlungsbeschluß den Mitgliedern des sozialdemokratischen Zentralverbandes jede weitere Arbeitsvermittelung entzogen und somit auch das fernere Betreten ihres Gesellenhauses Mulackstraße 3 bei Vermeidung des Hausfriedensbruches untersagt. Dieser Beschluß ist durch die Presse sowie durch Anschlag im Gesellenhause zur öffentlichen Kenntnis gebracht und Ihnen somit voll und ganz bekannt. Wie mir nun durch glaubwürdige Personen bekannt geworden ist, sind Sie nach wie vor Mitglied des Zentralverbandes.

Sie haben daher das Gesellenhaus widerrechtlich betreten und den Arbeitsnachweis der Innung durch Angabe einer falschen und eigenhändig unterschriebenen Erklärung in Anspruch genommen.

Ich fordere Sie nunmehr hierdurch auf, mir bis morgen, Donnerstag, den 27. d. M., abends, unter Vorlegung Ihrer Mitgliedskarte den Nachweis zu führen, daß Sie bei der Arbeitsvermittelung am 24. d. M. nicht mehr Mitglied des Zentralverbandes waren, andernfalls unwiderruflich die Anzeige wegen Hausfriedensbruch gegen Sie bei der Staatsanwaltschaft erstattet wird.

Ergebenst
Hermann Dräbert, Sprechmeister.

Dieser Brief spricht so unzweifelhaft die Verrufserklärung des betroffenen Gesellen, verbunden mit dem Zwang zum Rücktritt von einer Vereinigung zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aus, daß der Staatsanwalt, wenn er Kenntnis von diesem Schriftstück erhält, gar nicht umhin kann, sich einmal mit Herrn Sprechmeister Dräbert etwas näher zu befassen. Die Innungsmeister, die so in ungerechtester Weise Terrorismus üben, vermerken es aber ihren Gesellen als Unrecht, daß diese in der Abwehr gegen solchen Terrorismus die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft anrufen!

Daß übrigens ein Arbeitsloser widerrechtlich handelt und Hausfriedensbruch verübt, wenn er einen Arbeitsnachweis betritt, um Arbeit zu erhalten, ist eine Logik, auf deren Nachprüfung durch die Gerichte die Arbeiterschaft gespannt sein darf. Ein Gericht, daß diese Logik anerkennt, liefert damit unbewußt einen neuen Beitrag zum Kapitel Klassenjustiz!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Unseren Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß der Kollege Paul Seeliger als Revisor gewählt worden ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Kutscher für die Schwerfuhrwerke

Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband und der Zentralstelle der Fuhrherrenvereinigung Groß-Berlins über einen Tarifvertrag haben nicht zu dem gewünschten Resultat geführt, wie in einer Branchenversammlung des Verbandes, die am Sonntagnachmittag in der „Neuen Philharmonie" stattfand, berichtet wurde. Otto Franke referierte. Nach der Versammlung vom 20. Juni, in der der Lohnkommission bestimmte Aufträge erteilt wurden, fand die erste Verhandlung mit den Unternehmern am 2. Juli statt. Es gelang bis auf wenige Punkte, die Wünsche der Arbeiter zur Geltung zu bringen. Eine große Differenz blieb aber in bezug auf die berüchtigte Haftungsklausel bestehen, und daran scheiterten schließlich alle Verhandlungen. Das Verlangen der Unternehmer, daß der Verband mit seinem Vermögen für die Schadenersatzansprüche, die sie etwa geltend machen, haftet, konnte unter keinen Umständen zugestanden werden. Eine zweite Verhandlung, die am Sonntagmorgen stattfand und sich nur noch um diese Frage drehte, blieb ebenfalls fruchtlos. Der Verband hatte, um alle Bedenken in bezug auf Schaden durch Verletzung des Vertrages zu zerstreuen, die folgende Abmachung anstatt der Haftungsklausel vorgeschlagen:

„1. Beide Parteien sind verpflichtet, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Vertrages einzusetzen und dahin zu wirken, daß keine Vertragsverletzungen stattfinden.

2. Vor Beginn und während des Verfahrens vor den Schlichtungsinstanzen sind Streiks, Aussperrungen oder ähnliche Maßnahmen seitens der Parteien unter keinen Umständen zulässig. Sogenannte Sympathiestreiks, ebenso wie Sympathieaussperrungen und das Verlangen von Streikarbeit sind nicht zulässig; sie gelten als eine Verletzung des Vertrages und sind von beiden Kontrahenten mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

3. Sollte dennoch in einem der Tarifgemeinschaft angeschlossenen Betrieb eine ungerechte Arbeitsniederlegung stattfinden, so verpflichtet sich der Deutsche Transportarbeiterverband, seine Mitglieder weder direkt noch indirekt zu unterstützen und bei der Beschaffung neuer Arbeitskräfte den betreffenden Betrieben Schwierigkeiten nicht zu machen, wenn vorangegangene Einigungsversuche als gescheitert anzusehen sind. Dieselbe Verpflichtung übernimmt die Zentralstelle der Fuhrherrenvereinigungen gegenüber ihren Mitgliedern im Falle einer unberechtigten Aussperrung von Kutschern, die etwa von einem Fuhrherrn der Tarifgemeinschaft vorgenommen werden sollte."

Diese Vorschläge zur Erledigung der noch bestehenden Differenz für den Abschluß eines Tarifvertrages lehnten die Unternehmer ab, und der Vertrag kam nicht zustande.

Eine Sitzung der Vertrauensmänner der in Frage kommenden Fuhrwerksbetriebe hatte sich vor Beginn der Branchenversammlung am Sonntagnachmittag mit dem Stand der Dinge beschäftigt, um Stellung dazu zu nehmen. Die Verbandsleitung empfahl dann der Versammlung die vorläufige Vertagung der Lohnbewegung, da die Herbeiführung einer Entscheidung im gegenwärtigen Moment noch nicht tunlich erscheint. In der Diskussion fand diese Ansicht vielseitige Unterstützung, und die Bewegung gilt vorläufig als vertagt.

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen! Zur Arbeitseinstellung ist es bei der Firma W. Wachholtz, Kastanienallee 33, gekommen. Herr Wachholtz weigert sich, seinen Arbeitern das Fahrgeld weiter zu bezahlen. Ohne ihnen eine Mitteilung gemacht zu haben, zog er am Sonnabend das Fahrgeld plötzlich ab. Auch sollen neu einzustellende Arbeiter nur noch 55 Pf. erhalten. Bisher hatte Herr Wachholtz stets 60 Pf. bezahlt. Eine Einigung war nicht möglich, weil Herr Wachholtz, im Vertrauen auf den Arbeitgeberverband, an seinen Maßnahmen festhalten will. Diese Werkstelle ist unbedingt von jedem Kollegen und Berufsgenossen zu meiden.

Zentralverband der Dachdecker.

Achtung, Tapezierer und Kleber! Wegen Nichtbezahlung des Tarifs ist die Firma Fritz Horn, Friedenau, Laubacher Str. 16, Bau Klarenbachstraße, Ecke Neues Ufer, gesperrt.

Die Schlichtungskommission.

Kellnerstreik im Ausschank der Kindl-Brauerei zu Neukölln.

Unmittelbar nach Ausbruch des Streiks prangten am Garteneingang gedruckte Plakate folgenden Inhalts:

An unsere Gäste! Ein Kellnerstreik im Betriebe behindert die ordnungsmäßige Bedienung. Unsere verehrten Gäste werden höflichst ersucht, hierauf Rücksicht zu nehmen.

Nach Erscheinen dieses Plakats verließ ein großer Teil der Gäste demonstrativ den Garten. Am Sonntag, den 7. Juli, fanden sich trotz krampfhaftester Anstrengungen verschiedener Stellenvermittler nur fünf Arbeitswillige, welche unter dem üblichen Massenaufgebot von Polizei- und Kriminalbeamten ihrem Gewerbe nachgingen. Ob die Leitung der Kindlbrauerei mit dem scharfmacherischen Vorgehen ihres Oekonomen einverstanden ist, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen. — Der Brauereiausschank in der Hermannstraße zu Neukölln ist für organisierte Gastwirtsgehilfen natürlich gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

Gegen § 7 des Reichsvereinsgesetzes soll der Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes in Plauen i. V., Genosse Schmirch, sich vergangen haben. Die wegen der Maifeier in Plauen ausgesperrten Bauarbeiter veranstalteten am 2. Mai nachmittags einen Spaziergang nach dem Elsterthal. Hierin sah die Polizei einen nicht genehmigten Umzug. Genosse Schmirch wurde als Veranstalter dieses Umzuges am Donnerstag vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurteilt.

Ein Streik in der Sonneberger Spielwarenindustrie.

Die Einbinder, Packer, Ueberschreiber und Lageristen der Spielwarenexporteure in Sonneberg sind angesichts ihrer gedrückten wirtschaftlichen Lage in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Verwaltung des Gaues Thüringen des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat am 6. Juli die Forderungen der Arbeitnehmer den Firmeninhabern auftragsgemäß eingereicht. Die Forderungen verlangen in der Hauptsache eine Verallgemeinerung der bereits in einigen Geschäften der Branche bestehenden günstigeren Arbeitsbedingungen. In Betracht kommen zirka 70 Firmen mit ungefähr 400 Beschäftigten. Es steht zu erwarten, daß die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter geneigt gegenüber stehen.

Chauffeurstreik in Kattowitz.

Bei der Oberschlesischen Automobilgesellschaft, Sitz Kattowitz, Inhaber Alex Fischer u. Ko. in Berlin-Halensee, haben die Chauffeure, wie schon telegraphisch gemeldet, Sonnabendvormittag einmütig die Arbeit wegen Nichtbewilligung einiger minimaler Forderungen niedergelegt.

Auf Grund von Verhandlungen mit dem Filialleiter in Kattowitz und den Vertretern der Arbeiter war bereits ein Lohntarif aufgestellt und wurde, nach Angabe des Filialleiters, der Hauptleitung zur Genehmigung übermittelt. Am Donnerstag erklärte Herr Werth in Kattowitz, daß die Hauptleitung in Berlin die Vorlage abgelehnt habe. Auf eine Anfrage der Organisationsleitung in Halensee erklärte der Bureauchef, daß Herr Fischer zurzeit verreist sei, ihm jedoch von einer Ablehnung bezw. Einsendung des Vertrages nichts bekannt sei. Der Filialleiter habe in derartigen Fragen vollständig freie Hand und könne nach Belieben Vereinbarungen mit den Arbeitern treffen. Damit ist offensichtlich festgestellt, daß die Firma ein eigentümliches und widerspruchsvolles Verhalten an den Tag legt, um die Sache zu verschleppen. Wir ersuchen daher, Zuzug von Chauffeuren nach Kattowitz unter allen Umstäden zu verhindern.

Christlicher Terrorismus vor Gericht.

Im vergangenen Jahre streikten die Goldschnittmacher der Firma Gebr. Rissarth in M.-Gladbach, Gebetbücherfabrik. Dieser von Christen geführte Streik ging infolge der dabei beobachteten eigenartigen Taktik der schwarzen Strategen völlig verloren. Man hatte auf ausdrückliche Anweisung des christlichen Streikleiters den besten der Schnittmacher während des Streiks bei der Firma stehen lassen, betrieb also ein falsches Spiel. Dieselbe Gewerkschaft, die den Streik führte, ließ Streikbruch an den eigenen Kollegen verüben. Nachdem der Streik im Sande verlaufen war, suchten sich christliche Helden nicht etwa gegen ihren sie schädigenden Verband zu wenden, sondern an den bei der Firma arbeitenden frei organisierten Schnittmachern für ihren Mißerfolg zu rächen. Man heckte den teuflischen Plan aus, den Freien das Material zu verderben, damit diese nichts verdienten. Das gelang den schwarzen Terroristen vortrefflich, indem sie den Freien zwischen die zum Abreiben der Bücher benötigten Seidenspäne Seifenpulver schütteten. Dadurch wurde eine ganze Woche lang jegliche Arbeit verdorben. Die frei organisierten Schnittmacher standen vor einem Rätsel, indessen den braven Christen die Schadenfreude vom Gesicht abzulesen war. Es gelang einem der Freien zu beobachten, wie ein frommer Christ zum Verderben der Kollegen das Seifenpulver über die Späne schüttete. Auf dem Kontor des Betriebes zur Rede gestellt, mußte der schwarze Terrorist eingestehen, daß noch drei weitere seiner Gesinnungsfreunde an dem Attentat beteiligt waren. Dieser Tage stand die Sache vor dem Gericht in M.-Gladbach an. Durch die Beweisaufnahme wurde der Tatbestand völlig bestätigt. Der Anstifter wurde zu der milden Strafe von 50 M., die drei Komplizen jeder zu 30 M. verurteilt.

Ausland.

Der französische Seemannsstreik.

Paris, 7. Juli. (Eig. Ber.) Der Ausstand der französischen Seeleute hat nichts von seiner Kraft verloren, vielmehr dehnt er sich noch aus. In Havre, in Dünkirchen, Bordeaux und Marseilles, den vier größten Häfen, ist er so gut wie allgemein. Zwar behauptet der den Reederinteressen dienende „Temps", daß im letztgenannten Hafen ein Drittel der Schiffe in See stechen könne, aber zugleich muß er zugeben, daß es sich da um kleinere Fahrzeuge handle. In Saint-Nazaire haben die Seeleute gleichfalls den Streik beschlossen, in Cette haben einige Reeder die Forderungen der Seeleute bewilligt.

Der Kampf der Seeleute dreht sich hauptsächlich um die Erhöhung der Löhne. Auf dem Kongreß in Saint-Malo im Dezember 1912 hat der Seemannsverband einen Tarif ausgearbeitet, der dem Zentralverband der Reeder überreicht werden sollte. Die Erhöhung der Löhne ist längst notwendig geworden. Seit 12 Jahren sind die Löhne unverändert geblieben, die Fortschritte in der Schiffahrt aber haben die Dauer der Fahrten verkürzt. Der Seemann bleibt länger auf dem Festland; er kommt so leichter in die Lage, eine Familie zu gründen. Dazu kommt die allgemeine Teuerung.

Der Tarif von St. Malo unterscheidet zwei Kategorien von Seeleuten: die auf jenen Schiffen beschäftigten, wo die Verpflegung der Mannschaften dem Reeder obliegt, und diejenigen, die sich selbst verpflegen müssen (dies ist bei manchen Küstenfahrern, Schleppern usw. der Fall). Wir führen hier die Forderungen der ersten Kategorie an. Sie lauten für

Quartiermeister und erste Heizer	160	Frank monatlich
Heizer	130	„ „
Matrosen	110	„ „
Novizen, Schiffsjungen	45	„ „

Für die zweite Kategorie sind die Forderungen entsprechend höher bemessen.

Das Zentralkomitee der Reeder weigerte sich, die vom Kongreß gewählte Delegation zu empfangen. Die Forderungen der Seeleute wurden ihm hierauf schriftlich zugestellt, aber das Zentralkomitee erwiderte am 12. Februar, daß ihre Prüfung jedem einzelnen Reeder obliege. Die Seeleute gaben weiter nach und handelten nach diesem Bescheid. Aber die Reeder gaben keine Antwort.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß die vom Verbandsvorstand ausgegebene Parole, weiter zuzuwarten und den Streik vorzubereiten, nicht eingehalten wurde. Besonders ungeduldig zeigten sich die Seeleute von Le Havre. Zweimal ließen sie sich bewegen, den schon beschlossenen Streik nicht durchzuführen, am 9. Juni indes kam es dort zum allgemeinen Ausstand, der den Verbandsvorstand vor die vollzogene Tatsache stellte. Für den 19. wurde dann ein 24stündiger Solidaritätsstreik in den anderen Häfen beschlossen, aus dem sich der dringende Ausstand in Dünkirchen, Bordeaux und Marseille entwickelte.

Das Zentralkomitee der Reeder blieb hartnäckig. Es lehnte das von der Regierung vorgeschlagene Schiedsgericht ab, das die Streikenden angenommen hatten. Nur die Messageries Maritimes, die durch ihre Verträge mit dem Staat gebunden sind, willigten ein, ohne sich indes mit der Verwirklichung zu beeilen. Die Reeder scheinen ihre Hoffnung darauf zu setzen, daß bei längerer Dauer des Streiks die Streikenden ihre bisherige Selbstbeherrschung verlieren und zu gewaltsamer Intervention des Staates Vorwand geben werden. Zur Steigerung der Erregung tragen jedenfalls die Verurteilungen der Streikenden wegen „Desertion" bei, bei denen in den meisten Fällen nicht einmal Strafaufschub bewilligt wird. Auch bei den radikalen Parlamentariern gibt sich jetzt der Wille kund, dem Anachronismus des für die Seeleute fortbestehenden Streikverbots ein Ende zu machen. Die vom Unternehmergeist beherrschten Gerichte aber nützen seinen Fortbestand rücksichtslos aus.

Wie lange der Ausstand dauern wird, ist noch nicht abzusehen. Die französische Handelsmarine spielt im Verkehr der französischen Häfen eine beschränkte Rolle. Die Mannschaft für die Postschiffe stellt die Kriegsmarine. Am stärksten trifft der Streik Algerien und Tunis, für deren Seeverkehr mit der Metropole das Privilegium der Flagge besteht. Die Entscheidung des Kampfes hängt von der Entwickelung des Ausstandes der Dockarbeiter ab, in deren Hand es liegt, den ganzen Verkehr in den Häfen zum Stillstand zu bringen.

Versammlungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Die Vierteljahrsversammlung der Ortsgruppe Berlin fand am Donnerstagabend in den Industrie-Festsälen, Beuthstraße, statt. Frl. Arndt und Frl. Lucke erstatteten den Tätigkeitsbericht für das zweite Quartal 1912. Fünf Versammlungen mit belehrenden Vorträgen und acht Sonntagsausflüge, die auch agitatorisch ausgenutzt wurden, fanden in der Berichtszeit statt. Sehr beliebt sind die Ausflüge, zu denen stets viele Teilnehmer eintreffen; einmal waren 300 Mädchen beisammen. — Das Bureau wurde als Auskunftsstelle wieder lebhaft in Anspruch genommen. Fünf Klagen wurden mit Erfolg vor Gericht ausgefochten; zahlreiche Differenzen gelang es friedlich zu schlichten. Viele Beschwerden wurden geführt wegen plötzlicher und ungerechtfertigter Entlassung. Zur jetzigen Reisezeit suchen manche Herrschaften die Mädchen los zu werden, ohne Lohn und Kostgeld für die Zeit der Kündigung zu bezahlen. Viele Unorganisierte kamen in ihrer Not zum Verbande, um Hilfe zu erbitten, die nach Möglichkeit gewährt wurde; auf den Rechtsschutz hatten natürlich nur die Mitglieder Anspruch. Manches Mädchen hatte der Herrschaft ihre Unterschrift gegeben und bei der Entlassung auf alle Ansprüche verzichtet, ohne die Bedeutung der Verzichtleistung zu verstehen, denn sie wurde erst im Verbandsbureau unterrichtet, daß sie Ansprüche besitzt. — Wie gewöhnlich bei Beginn der Reisezeit hat sich auch diesmal die Mitgliederzahl vermindert. Am Schlusse des ersten Quartals zählte man 1184 Mitglieder, im Laufe des zweiten Quartals waren 130 Neuaufnahmen und drei Uebertritte aus anderen Verbänden zu verzeichnen, dagegen traten 63 Mitglieder aus, und 191 mußten gestrichen werden, weil ihre Adressen nicht zu ermitteln waren und wegen rückständiger Zahlung; die Zahl der Mitglieder betrug am Quartalsschluß 1063. — Die Abrechnung für die Kasse im zweiten Quartal legte Frl. Lucke vor. Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 445 M. Unter den Ausgaben stehen 88,60 M. für Krankenunterstützung verzeichnet. An die Zentralkasse wurden 354,40 M. abgeliefert. Die Lokalkasse buchte eine Einnahme von 2940,57 M., eingeschlossen den Bestand von 1490,21 M. vom letzten Quartal. Die Ausgaben betrugen 1075,14 M. Der Bestand der Lokalkasse beträgt am Schlusse des zweiten Quartals 1420,43 M.

In der Diskussion wurde die Agitation für die nächste Zeit eifrig besprochen. Man wendet gegenwärtig den Reinmachefrauen besondere Aufmerksamkeit zu und sucht sie für den Verband zu gewinnen. — Vom 1. Juli ab ist Frl. Schröter als Hilfskraft im Bureau angestellt worden. — In die Zentralleitung des Verbandes ist Frau Berta Selinger-Wülfrath als zweite Vorsitzende eingetreten.

Letzte Nachrichten.

Mittelmeerentente und Tripolis.

Paris, 8 Juli. (W. T. B.) Zu der heutigen Meldung des „Daily Chronicle", wonach zwischen England, Frankreich und Italien ein den status quo im Mittelländischen Meer verbürgendes, jedoch die Annektion von Tripolis durch Italien anerkennendes Abkommen geplant sei, erklärt der „Temps", es sei richtig, daß die französische und englische Diplomatie den Wunsch hege, die zwischen Italien einerseits und Frankreich und England andererseits seit etwa zehn Jahren bestehende Mittelmeer-Entente zu befestigen, doch hätten darüber noch keine formellen Verhandlungen stattgefunden. Die französische und die englische Regierung hätten sich bisher auf Bloßen, wenn auch eifrigen Gedankenaustausch beschränkt.

Schwierigkeiten bei der französischen Wahlreform.

Paris, 8. Juli. (W. T. B.) Die Kammer setzte die Beratung der Wahlreform fort und lehnte mit 381 gegen 198 Stimmen ein von Poincaré energisch unterstütztes Amendement, das zur Versöhnung beitragen und die Verteilung der verbleibenden Sitze regeln sollte, ab. Die meisten Republikaner stimmten dagegen. Sodann wurde der Artikel der Kommission über denselben Gegenstand mit 330 gegen 218 Stimmen angenommen, ebenso wurden mehrere andere Artikel der Kommission angenommen.

Ermordung eines italienischen Ingenieurs.

Konstantinopel, 8. Juli. (P. C.) In Dorak bei Adana wurde der beim Bau der Bagdadbahn tätige italienische Ingenieur Santarosa von einem albanesischen Unternehmer erschossen. Der deutsche Vizekonsul in Adana hat sich sofort an den Ort der Tat begeben.

Opfer der Berge.

Innsbruck, 8. Juli. (P. C.) Am Schaufelferner im Oetztal wurde der Tourist Adolf Fürth aus Prag vom Schlage gerührt. Er war sofort tot. — Am Johannesköpl ist der Sohn des Oberlandesgerichtsrats Ritter von Ferrary abgestürzt und war sofort tot.

Juwelendiebstahl.

Paris, 8. Juli. (P.-C.) Ein großer Juwelendiebstahl ist heute morgen auf dem Boulevard Poissonniere bei dem Juwelier Bouvier verübt worden. Die Diebe haben den Geldschrank erbrochen und für etwa 100 000 Frank Juwelen gestohlen. Man vermutet, daß es sich um eine internationale Diebesbande handelt.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zur Aenderung des Organisationsstatutes.

In der „Leipziger Volkszeitung" nimmt Genosse Richard Lipinski in drei Artikeln Stellung zum Organisationsentwurf. Er schreibt u. a.:

Warum führt der Entwurf den Zehnpfennigbeitrag nicht durch? Wieder mit Rücksicht auf das Althergebrachte. Eine Reihe Kreise haben den Monatsbeitrag eingeführt und lassen demgemäß monatlich kassieren. Sie behaupten nun, daß die Inkassospesen bei einem Wochenbeitrag für sie zu hoch würden, daß das Mehr an Vereinsbeiträgen durch das Mehr an Ausgaben für die Erhebung von Beiträgen wettgemacht würde. Das Statut setzt nur die Mindestleistungen fest, überläßt aber die Art der Erhebung den Vereinen. Ist man einig darüber, daß 10 Pf. pro Woche das mindeste ist, was die Partei braucht, dann darf man davon nicht aus kleinlicher Rücksichtnahme abhandeln. Die Erhebung von 40 Pf. pro Monat bedeutet einen Verlust von vier Wochenbeiträgen, die bei der Masse der Parteimitglieder erhebliche Summen ergeben. Die Partei braucht aber das Geld. Dann kommt noch in Frage, daß sich wegen solcher Halbheiten bald Statutenänderungen notwendig machen. Darum muß der Monatsbeitrag aus dem Statut heraus.

Der Vorschlag des Entwurfs, der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag nur das Recht der Delegation einzuräumen, hat mehrfach Widerspruch hervorgerufen. Mit Unrecht. Der Entwurf beseitigt nur einen nicht mehr zeitgemäßen Einfluß der Reichstagsfraktion. . . .

Nun ist eingewendet worden, daß die Reichstagsabgeordneten deshalb auf den Parteitagen anwesend sein müßten, weil sie der Gesamtpartei verantwortlich sind und sich gegen Angriffe wahren müßten. Dieser Einwand trifft für alle Parteifunktionäre zu, deshalb aber die Anwesenheit aller Parteifunktionäre auf dem Parteitag zu verlangen, wird jeder als absurd zurückweisen. Ebenso verhält es sich mit dem Einwand, daß der Parteitag die einzelnen Abgeordneten im grundsätzlichen Sinne beeinflussen müsse und deshalb ihre Anwesenheit notwendig sei. Die „Einspänner" werden von ihrem Ermessen Gebrauch machen und nicht auf den Parteitagen erscheinen. Die Abgeordneten in den einzelnen Landstuben, die oft der Partei Schwierigkeiten bereitet haben, erreicht der Parteitag oft gar nicht. Hier hat zwar der Parteitag das Recht des energischen Protestes, das Schwergewicht der Partei liegt aber in ihrer Organisation, und mit ihr kann sie etwaige Sünder wirkungsvoller fassen, als durch Diskussionen auf den Parteitagen. Es bleibt noch der Grund, daß die Fraktion auf dem Parteitag Bericht zu erstatten hat. Hierfür bestimmt die Fraktion die Berichterstatter. Erfolgen Angriffe gegen Abwesende, so können sie telegraphisch zu den Verhandlungen berufen werden. Deshalb also ist nicht die Anwesenheit aller Mitglieder der Fraktion notwendig. Somit bleibt die Tatsache, daß nach dem Organisationsstatut von 1909 die Fraktion als Bestandteil der Organisation ausgeschieden ist; damit fiel das Recht ihrer Anwesenheit auf dem Parteitag. . . . . In welcher Stärke die Fraktion vertreten sein soll, kommt erst in zweiter Linie in Betracht, wichtiger ist die Durchführung der geschlossenen Parteiorganisation. Ein Drittel der Fraktionsstärke erscheint allerdings noch zu hoch. Daß die Unstimmigkeiten in der Fraktion die Zusammensetzung der Delegation aus rechts und links erschweren könnte, ist ein sekundärer Grund, über den die Fraktion hinwegkommen müßte.

Zu dem in der Diskussion geäußerten Verlangen, den Parteivorstand durch einen Beirat zu verstärken, meint Lipinski:

. . . . Durch die Vermehrung der Zahl der ehrenamtlichen Beisitzer wird die Initiative des Parteivorstandes nicht gefördert. Ein alter Erfahrungssatz ist, daß oft oppositionell angelegte Personen die Opposition aufgeben, sobald sie ein Amt erhalten. Es wäre durchaus falsch und ungerecht, es darauf zurückzuführen, daß ihr Ehrgeiz befriedigt sei und sie deshalb „still" geworden sind. In den meisten Fällen wird die Opposition entstehen, weil aus mangelnder Kenntnis bestimmender Vorgänge, Maßnahmen falsch beurteilt und ungenügend gewürdigt werden. Ein Funktionär lernt später kennen, daß eine Reihe von Umständen gewürdigt werden müssen, die er erst nicht kannte, und darum wird er seine frühere Opposition aufgeben müssen. So ergeht es zweifellos auch den ehrenamtlichen Beisitzern. Sie müssen ihre Information von den besser beschlagenen Sekretären empfangen, werden hier und da Einwendungen erheben, aber doch die Vorschläge akzeptieren. Von der Arbeit weg in eine Sitzung gehen und dort völlig unvorbereitete Vorschläge machen, Initiative entwickeln, das geht nicht an. Dasselbe trifft auch auf die „Nurpolitiker" zu. Bei der Größe der Partei sind Politik, Organisation und Verwaltung so intim miteinander verbundene Dinge, daß der Mitwirkende tunlichst auf allen Gebieten beschlagen sein muß.

Ein weiterer Vorschlag ging dahin, daß unter den ehrenamtlichen Beisitzern zwei Redakteure sein sollten. Diese zwei Redakteure könnten aus den bereits dargelegten Gründen doch nur Redakteure des „Vorwärts" sein. Diese werden aber bereits, wie der Redakteur der „Neuen Zeit", zu Sitzungen des Vorstandes hinzugezogen. Anstatt Initiative des Vorstandes, kommt dabei eine Fesselung der Kritik der Presse heraus. Ein typischer Fall ist das Stichwahlabkommen. Der Parteivorstand hatte hierzu das Gutachten Kautskys eingeholt, ob die Dämpfung des Wahlkampfes gegen Grundsätze der Partei verstoße, ebenso wurden Redakteure des „Vorwärts" gehört, und das Resultat? Trotz dieser Faktoren und ihrer Ratschläge wurde die Dämpfung allgemein von den Organisationen verworfen und die betreffenden Genossen schieden aus der Kritik aus, weil sie sich vorher festgelegt hatten. Bei Prüfung von Augenblicksaktionen müssen doch eine Reihe Momente gewürdigt werden, und ob viele die Fähigkeit haben, alle Argumente blitzartig sich zu vergegenwärtigen und die Folgen abzusehen, kann stark bezweifelt werden. Auch in der Partei gilt der Satz, die Herren sind gescheiter, wenn sie vom Rathaus kommen. Von einer weiteren Vermehrung des Parteivorstandes auch durch ehrenamtliche Beisitzer kann keine Rede sein, sie fördert nicht, sondern hemmt höchstens die Initiative. Viel mehr wäre gewonnen, wenn der Parteivorstand von einer Reihe mechanischer Verwaltungsarbeiten befreit würde, ob aber das angängig ist, muß der Parteivorstand selbst angeben.

In seinem dritten Artikel tritt Lipinski für die Schaffung des Parteiausschusses ein, wie er von der Kommission vorgeschlagen ist. Dem in der Diskussion gemachten Vorwurf, daß der Parteiausschuß den föderativen Charakter der Organisation stärke, stellt Lipinski folgendes entgegen:

Der Einwand der Föderation scheint von der Befürchtung getragen zu sein, daß dann die Revisionisten in der Parteileitung die Oberhand bekommen könnten. Diese Befürchtung wäre nur ein Beweis der Schwäche. Es geht nicht an, eine Minderheit aus der Mitarbeit der Partei auszuschließen. Wenn die grundsätzliche Auffassung so wenig Durchschlagskraft in der Partei hat, dann helfen auch alle Organisationsbestimmungen nicht. Der Parteitag hat sich denn auch nie von solchen Befürchtungen leiten lassen. Auf dem Parteitag in Nürnberg wurde der Befürworter der Budgetbewilligung, Genosse Timm, für Bayern in die Kontrollkommission gewählt, und der linke Flügel der Partei hat mit dazu beigetragen, daß dies geschah. Dann kommt aber noch etwas anderes in Betracht. Der Revisionismus und Opportunismus, d. h. die Gelegenheitspolitiker der Partei, stellen doch nur eine kleine, wenn auch einflußreiche Oberschicht der Partei dar. Die Parteimitglieder, die den Segen kapitalistischer Wirtschaftsordnung am eigenen Leibe spüren, sind erbitterte Gegner dieser Wirtschaftsordnung und werden mit dazu beitragen, daß diese Gegnerschaft bei der Zusammensetzung von Parteikörpern zum Ausdruck kommt.

Zum Schluß heißt es über die Kontrollkommission:

. . . . Als Oberrechnungskammermitglieder sind die alten Parteigenossen eigentlich zu schade. Es bleibt nur ein Weg. Entweder man überträgt auch die Prüfung der Beschwerden und das Kontrollrecht dem Parteiausschuß, dankt der Kontrollkommission für ihre der Partei geleistete wertvolle Arbeit und löst sie auf, oder aber man läßt einen Teil der Kontrollkommission als Instanz zur Revision des Parteivorstandes bestehen und überträgt die Erledigung der Beschwerden dem Parteiausschuß. Die Auflösung der Kontrollkommission wäre allerdings die beste Lösung.

Aus Industrie und Handel.

Hotelwesen und Volkswirtschaft.

Ueber die Bedeutung des Hotelwesens für die schweizerische Volkswirtschaft bringt die „Frankfurter Zeitung" nach einem Luzerner Blatt folgende Angaben: Nach dem Jahresbericht der Schweizerischen Vereinsbank für 1910 beläuft sich das in Hotelunternehmungen der Schweiz investierte Kapital auf zirka 800 Millionen Franken, gegenüber rund 500 Millionen im Jahre 1894. Ein bekannter Handelspolitiker, J. Grunzel, schätzt die Zahl der Reisenden, welche die schweizerischen Fremdengasthöfe benützen, auf zirka 2 Millionen. Wir kommen der Wirklichkeit ziemlich nahe, wenn wir den Fremdenverkehr für die letzten Jahre mit 12 bis 13 Millionen Logiertagen berechnen. Der Wirtschaftspolitiker Dr. Traugott Geering kommt schon für die Jahre 1895—1898 auf eine durchschnittliche Zahl von 10 700 000 Logiertagen. Zu einem ähnlichen Resultat gelangt auch das statistische Jahrbuch der Schweiz. Die tatsächliche Zahl der Reisenden schwankt zwischen 350 000 bis 450 000. Daran partizipieren die Schweizer Reisenden mit zirka 20 Proz. Berechnen wir die tägliche Durchschnittsausgabe auf 12 Franken, eine Berechnung, die eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist, so ergibt sich eine jährliche Bruttoeinnahme aus dem schweizerischen Fremdenverkehr von mindestens 150 Millionen Franken. Paul Dehn schätzte schon vor 25 Jahren den jährlichen Ertrag auf zirka 120 Millionen Franken. Dabei ist aber wohl zu bedenken, daß außer diesen 150 Millionen die Fremden anläßlich ihres Aufenthaltes in der Schweiz noch große Summen für Bijouterie- und Spielwaren, Reiseandenken, Postkarten usw. ausgeben, nicht zu vergessen die Summen, welche der eidgenössischen Postkasse sowie den Bundesbahnen aus dem regen Fremdenverkehr zufließen. Die „Schweiz. Handelszeitung" kommt nach Gutachten von Sachverständigen zu einer Ziffer von mindestens 50 Millionen Franken. Zum nämlichen Ergebnis gelangt auch der Bericht des Vorortes des Schweiz. Handels- und Industrievereins. . . . .

Diese 200 Millionen Franken haben für die Handels- und Zahlungsbilanz eine hervorragende Bedeutung. . . .

Auch in bezug auf die Gewährung von Arbeitsgelegenheit an die einheimische Bevölkerung ist die Bedeutung des Hotelwesens nicht zu unterschätzen. Zirka 60 000 Personen beiderlei Geschlechts finden im Gasthausgewerbe direkt oder indirekt Beschäftigung; dazu kommen noch 18 000 Restaurants, die zirka 45 000 Personen Arbeit verschaffen; deren Löhne belaufen sich auf 12 bis 14 Millionen Franken, nicht eingerechnet Wohnung und Unterhalt, die mit 16 Millionen Franken gewiß nicht zu hoch bemessen sind. Rechnen wir noch die von den Fremden jährlich bezahlten Trinkgelder in der Höhe von 3,5—4,5 Millionen Franken hinzu, so ergibt sich eine Totaleinnahme von 25,5—29 Millionen Franken.

Privatmonopol und Kommune.

Den Städten, die den Betrieb ihrer Unternehmungen an Private verkaufen oder verpachten, reiht sich nun auch Brandenburg an. In geheimer Sitzung stimmten die Stadtverordneten einem Vertrage zwischen der Stadtgemeinde und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin zu, nach welchem die A. E. G. den Betrieb des städtischen Elektrizitätswerkes nebst Leitungsnetz für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis 30. Juni 1952 übernimmt. Ausgeschlossen von der Uebernahme bleiben nur die zur städtischen Straßenbahn gehörigen Einrichtungen. Im Anschluß an das Brandenburger Werk will die A. E. G., wie verlautet, eine Reihe von Zentralen für benachbarte Orte gründen.

Krupp arbeitet für Chile. Im chilenischen Parlament gab der Kriegsminister die Erklärung ab, daß die chilenische Regierung mit der Firma Krupp einen Vertrag über Lieferung von Geschützen für die Gebirgsartillerie abgeschlossen habe.

Die A. E. G. in Japan. Die japanische Firma Okura wird in der Provinz Nordpinjang (Korea) eine elektrische Kraftzentrale für die dortigen Bergwerke errichten. Die Ausrüstung der Zentrale, insbesondere die Lieferung der Turbinen und der Freileitungen sind der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin übertragen worden.

Gerichts-Zeitung.

Ist Flohfang verbotene Sonntagsarbeit?

Wie die „Breslauer Zeitung" mitteilt, hat ein Schöffengericht sich gefunden, das diese Frage bejahte. Es ist das das Schöffengericht Städtoldendorf in Braunschweig. Es verurteilte den Lehrer Enkhardt wegen Uebertretung der Sonntagsruhe zu 3 M. Geldstrafe.

Der Lehrer ist ein eifriger Sammler von Mineralien und Insekten und hatte sich ein Aquarium beigelegt, in dem er junge Molche züchten wollte. Er hatte auch das Glück, daß aus dem Laich die jungen Tiere ausschlüpften Unglücklicherweise sind junge Molche in ihrem Nahrungsbedürfnis sehr anspruchsvoll; sie kaprizieren sich auf Wasserflöhe. Der glückliche Besitzer der Molche bewaffnete sich also mit einem Käscher und begab sich eines Sonntags morgens nach einem Teiche, um für seine hungrigen Molche Wasserflöhe zu fangen. Dabei beobachtete ihn aber ein eifriger Kirchenbesucher, der an diesem Treiben Anstoß nahm und ihn anzeigte. Das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, daß das Fangen von Wasserflöhen eine öffentlich wahrnehmbare Arbeit sei, die

Kleines Feuilleton.

Leonardo als Flugtechniker. Der vielseitige Renaissancekünstler Leonardo da Vinci hat sich u. a. auch mit dem Flugproblem lebhaft beschäftigt. Bei einer Feier, die dieser seiner Tätigkeit in der Pariser Sorbonne gewidmet war, wurde er als Vorläufer der modernen Lufteroberung gepriesen.

Von der Beobachtung des Vogelfluges ging Leonardo nach dem Bericht der Wiener „N. Fr. Presse" zum Experiment über. Als Vorbild für das Luftschiff oder den künstlichen „Vogel" wählte er in sehr bemerkenswerter Weise nicht den lebendigen Vogel, den Adler, die Taube, die Schwalbe, sondern die Fledermaus; er meint: „Erinere dich, daß dein Vogel (Luftschiff) nichts anderes nachahmen darf als die Fledermaus, aus dem Grunde, weil die Gewebe eine Armatur oder besser eine Verbindung der Armatur, das heißt das Hauptsegel der Flügel ausmachen." Im Gegensatze zum Gefieder habe die Fledermaus die Hilfe des Gewebes, des Zusammenhängenden, der Flughaut, die alles verbindet und keine Lücken besitzt. Und prophetisch ruft Leonardo aus: „Er (das Flugschiff „Vogel") wird seinen ersten Flug nehmen vom Rücken . . . . (eines Hügels bei Florenz), das Universum mit Verblüffung füllend, alle Bücher mit seinem Ruhme füllend, und ewige Glorie dem Orte verleihen, wo er geboren wurde." Daß der Künstler sein ganzes System des Flugschiffes auf die Beobachtung des Vogelfluges aufbaut und nur an Stelle des Gefieders die Flughaut der Fledermaus setzt, geht aus zahlreichen Stellen seiner Werke hervor; er weiß zum Beispiel, daß die kleinen Vögel mit schwachen und einfachen Flügeln sich in niedrigeren, dichteren Luftschichten besser erhalten, während Geier, Adler und andere gut befiederte große Vögel in der dünnen Atmosphäre zu Hause sind. Leonardo hat Fallschirme und Hobelmaschinen konstruiert, Steinsägen und Hebezeuge, Fallbrücken, Kanonen gezeichnet, anatomische Studien getrieben, eine Camera obscura zusammengestellt und die Wellenbewegung des Meerwassers entdeckt, das Gesetz der Erhaltung der Kraft, das Unterseeboot vorausgeahnt, das Gebiet der Optik und Akustik gefördert, wie er selbst in einem Briefe an den Herzog Ludovico Sforza von Mailand aufzählt, in dem Briefe, dessen Schluß lautet: „Auch fertige ich Gemälde." Derselbe Leonardo betrieb als Theoretiker die modernste Aeronautik, indem er nicht vom Luftballon ausging, sondern auf Grund der Beobachtung des Vogel- und Fledermausfluges einen Flugapparat postulierte, den er von einer Höhe aus ins Luftmeer abstoßen lassen wollte. Die Tragflächen seines durchaus modern erdachten Aeroplans sind nachgiebige, elastische, zwischen starren Stäben ausgespannte Membranen. Leonardo, der vor Kopernikus die Sonne als Mittelpunkt der Welt bezeichnete, erkannte schon die Richtigkeit des Prinzips: Schwerer als die Luft. Es war der erste theoretische Aeronaut im modernen Sinne.

Der Ursprung des türkischen Halbmondes. Es wird viele überraschen, daß der Halbmond als Wappen und Fahnenzeichen der Türkei verhältnismäßig modernen Ursprungs ist; er wurde in der Tat erst nach der Eroberung Konstantinopels im Jahre 1512 bei Selims I. Thronbesteigung offiziell als Feldzeichen und Wahrzeichen der türkischen Nation eingeführt. Amerigo Scarlatti, der sich in der „Minerva" mit dem Ursprung des Halbmondes als heraldisches Zeichen beschäftigt, führt aus, daß nur die Bedeutung, die dieses Zeichen alsbald als ein Sinnbild der mohammedanischen Religion gegenüber dem Christentum annahm, die Zeitirrtümer erklärt, die in späterer Zeit von Dichtern und Künstlern so häufig begangen wurden, indem sie den Halbmond schon bei den Sarazenen und bei den Kreuzzügen auftauchen lassen. Vor dem Halbmond führten die Türken als Wappen einen schwarzen Geier, von dem der englische Dichter Fletcher noch 1668 berichtet: „Und dieser schwarze Geier, der seine furchtbaren Schwingen über die halbe Erde ausbreitet und dessen Blick die Musen entsetzte und in die Flucht trieb, senkt sich jetzt herab und fällt mit müden Flügeln". Aber schon vorher hatte der Halbmond bei mancher Schlacht in den Feldzeichen seine Rolle gespielt, denn er war nicht türkischen Ursprungs, sondern das Wahrzeichen des alten Byzanz; schon in vorchristlichen Zeiten führte diese Stadt den Halbmond als Wappen. Nach der Eroberung Konstantinopels wurde der Halbmond von den Türken dann auf den Kuppeln aller Moscheen angebracht und ging zugleich auf die Feldzeichen über. Vorher war die halbe Mondscheibe auch das Wappen eines christlichen Ritterordens gewesen; in der Tat begründete Karl von Anjou 1268 in Messina zur Erinnerung an seinen Sieg bei Tagliacozzo den Ritterorden des Halbmondes. Der Ritterorden vom Halbmonde wurde dann 1448 von René von Anjou, dem Grafen der Provence und König von Neapel, erneuert, die Ritter trugen den Halbmond an der Feldbinde.

Die Internationale Konferenz für drahtlose Telegraphie, die in London tagte, beschäftigte sich besonders mit der Benutzung der Funkentelegraphie zur Verhütung von Unfällen auf See. Eine Resolution, die von der britischen Delegation beantragt worden war und die sich für das Prinzip der obligatorischen Ausstattung der Schiffe mit funkentelegraphischen Apparaten ausspricht, wurde einstimmig angenommen. In dieser Resolution spricht die Konferenz den Wunsch aus, daß die verschiedenen Regierungen entsprechende Maßregeln ergreifen möchten. Ferner erklärt sie ein internationales Abkommen für wünschenswert, damit eine gleichförmige Grundlage für die Gesetzgebung der einzelnen Staaten geschaffen würde, und schließlich empfiehlt sie den Regierungen die Errichtung von Küstenstationen mit ununterbrochenem Dienst, wie es den Erfordernissen der Schiffahrt entspräche.

Das neue Abkommen enthält eine Bestimmung, daß auf den Schiffen eine besondere Kraftquelle vorhanden sein muß, um den funkentelegraphischen Apparat mindestens sechs Stunden lang in Tätigkeit zu halten, so daß ein Unfall, der die Schiffsmaschine zum Stehen bringt, die Funkentelegraphie nicht beeinträchtigt. Schiffe der ersten Klasse sollen ununterbrochenen Dienst haben, und brauchen daher mindestens zwei völlig ausgebildete Telegraphenbeamten. Bei Schiffen der zweiten Klasse, die nur einen Telegraphenbeamten haben, soll dieser die ersten 10 Minuten jeder Stunde am Apparat hören. Für die kleinsten Fahrzeuge, die Fischerboote, wird kein regelmäßiger Dienst vorgeschrieben.

Alle beteiligten Staaten erkennen die Verpflichtung der Schiffe an, ungeachtet der Verschiedenheit der Systeme, funkentelegraphische Meldungen aufzunehmen. Die Konferenz kam zu dem Ergebnisse, daß es noch nicht an der Zeit wäre, Bestimmungen über den Dienst zwischen Landstationen auf große Entfernungen aufzustellen. Die Organisation eines solchen Dienstes wird allen Ländern freigegeben, jedoch unter der Voraussetzung, daß Störungen durch verschiedene Stationen nach Möglichkeit vermieden werden müssen, und daß die Verschiedenheit der Systeme nicht zum Anlaß genommen wird, den Verkehr abzuziehen.

Notizen.

— Prof. Karl Theodor Gaedertz ist am Montag im Alter von 57 Jahren gestorben. Er hat sich um die Geschichte des niederdeutschen Dramas verdient gemacht und auf mannigfachen literarischen Gebieten als Materialsammler und Herausgeber gewirkt. Besonders aber hat er als Reutersammler und Reuterforscher sich betätigt. Wenn dabei auch manche Uebertreibungen und Kleinigkeitskrämerei mit unterliefen, wird man ihm doch in vielem Dank wissen. Die Reuterausstellung, die er vor einigen Jahren in Berlin veranstaltete, ist noch in guter Erinnerung. Vortrefflich ist Gaedertz' Reuterausgabe (im Verlag Reclam.)

— Der Gipfel. Bekanntlich haben die deutschen und ausländischen Klassiker im Grunde ihre Werke nur geschrieben, damit Max Reinhardt seine Inszenierungskünste an ihnen erproben könnte. In diesem Sinne ist denn wohl auch eine Ankündigung zu verstehen, die der staunenden Welt von Reinhardt-Klassikern Kunde giebt. Darunter sind die von Reinhardt aufgeführten Klassiker zu verstehen, die mit den Bühnenbildern und szenischen Einrichtungen des Deutschen Theaters herausgegeben werden sollen.

— Norwegens Walfischfang. Der norwegische Walfischfang hat seit einiger Zeit einen „glänzenden Aufschwung" genommen. An der Nordküste Norwegens selbst wird zwar der Wal seit mehreren Jahren geschont, da die Fischer glauben, daß der Walfischfang auf die Fischerei ungünstig wirke. Aber nun gehen gerade deshalb die norwegischen Schiffe in alle Weltgegenden hinaus und machen an den Küsten von Südafrika, Australien und Amerika auf den Riesen des Ozeans so eifrig Jagd, daß der Walfischbestand dort bedroht ist. Welche Bedeutung die Walfischjagd besitzt, geht aus der Tatsache hervor, daß er im letzten Jahre über 22 Millionen Kronen erbrachte.

gegen das Verbot Verk. Die Sonntagsheiligung verstoße, und verurteilte daher den Angeklagten. Dieser legte Berufung ein, mit der sich nunmehr die zweite Strafkammer in Braunschweig zu befassen hatte. In der Verhandlung erklärte der Rechtsbeistand des Angeklagten, daß er die Sache mehreren Geistlichen unterbreitet habe, die aber mit ihm der Ansicht seien, daß von einer Sonntagsentheiligung keine Rede sein könne. Das Gericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt und sprach den Angeklagten frei.

Ob Geistliche am Flohfang Anstoß nehmen, erscheint für die Beurteilung der Frage höchst gleichgültig. Das eine Strafe aussprechende Urteil hätte nicht ergehen können, wenn nicht der Begriff der „Arbeit" von ihm und von der Verfrommungsverordnung verkannt wäre. Auf die eigenartige Anschauung von Staatsanwaltschaft und Kammergericht darüber, was „Arbeit" ist, haben wir mehrfach bei Gelegenheit der Fehlsprüche hingewiesen, die die Tätigkeit des Verbreitens von Druckschriften als öffentlich erkennbare Arbeit im Sinne der Verfrommungsverordnung bestraften. Hat die Verordnung einen Sinn, so kann es nur der sein, Personen, die den Sonntag festlich zu begehen und an diesem Tage sich innerlich zu sammeln suchen, in diesem Bestreben nicht stören zu lassen. Mit der Frömmigkeit einer Person muß es recht windig bestellt sein, die durch Beobachten von Leuten, die Flugblätter verteilen oder die Flöhe sammeln, in ihrer Frömmigkeit verletzt werden. Jede Tätigkeit kann eine „Arbeit" sein; es gibt aber keine Tätigkeit, die stets als Arbeit anzusprechen ist. Jäger, die aus Vergnügen Wild am Sonntag niederknallen, sind auch vom Kammergericht freigesprochen, aber einen Sammler von Wasserflöhen zur Ernährung von Molchen spricht man, wenigstens in erster Instanz, schuldig. Der Widersinn des Begriffs „Arbeit", wie ihn die Anklagebehörde aus den Verfrommungsverordnungen herausliest, mit dem wirklichen Begriff „Arbeit" liegt klar zutage. Einen Sonntagsjäger, der einen mehrere Kilo schweren Schießprügel herumschleppt, klagt die Staatsanwaltschaft nicht an. Sie läßt auch mit Recht die Männer und Frauen unbehelligt, die dicke Gesangbücher oder Bibeln oder Einkäufe für hauswirtschaftliche Zwecke am Sonntag tragen. Unbehelligt bleiben auch Leute, die Traktätlein oder gegen die Sozialdemokratie gerichtete Flugblätter am Sonntag verbreiten. Aber ein weit leichteres Paketchen als ein Gesangbuch wird von ihr als schwer erachtet, wenn der Inhalt aus sozialdemokratischen Flugblättern besteht. Die Anklagebehörde setzt so die Gesetze der Schwerkraft außer Kurs: sobald es sich um sozialdemokratische Flugblätter handelt, richtet sich die Schwere des Pakets nicht nach dem Gewicht seines Inhalts, sondern nach der Tendenz der Druckschrift. Diese mit Logik, Gerechtigkeit und dem Begriff „Arbeit" unvereinbare Taktik hat leider das Kammergericht gebilligt, nachdem es sich jahrelang unter dem auch deshalb seiner Stellung entsetzten Kammergerichtsrat Havenstein dagegen mit Entschiedenheit gewehrt hatte. Bei der Art dieser Judikatur des höchsten preußischen Gerichts wäre es Unrecht, gegen das Schöffengericht einen Vorwurf zu erheben. Kommt doch das Aergernis von oben. In Konsequenz der Anschauung der Anklagebehörde müßte auch schließlich Flohknacken als Sonntagsarbeit bestraft und ein Prediger wegen Verstoßes gegen die Verfrommungsverordnung unter Anklage gestellt werden, alldieweil er seine öffentlich bemerkbare Arbeit vorzugsweise am Sonntag verrichtet. Vielleicht reizt der vors Tribunal geschleppte Wasserfloh den Justizminister einmal an, der ausdehnenden Auslegung der Verfrommungsverordnungen entgegenzutreten.

Herrenmoral.

In dem Bericht über den Prozeß gegen den Redakteur der „Gewerkschaft" Genossen Emil Dittmer ist in den Gründen des Urteils gesagt: „Der Gerichtshof hatte nicht den Wahrheitsbeweis für geführt erachtet." Es muß heißen: „Der Gerichtshof hatte wohl den Wahrheitsbeweis für geführt erachtet." Der Name des Verteidigers ist nicht Dr. Herr, sondern Dr. Herz-Altona.

Die Höllenmaschine unter dem Kutschersitz.

Die Absicht, den unbequemen Ehemann in die Luft zu sprengen, sollen die zwei Angeklagten gehabt haben, gegen welche gestern das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse zu verhandeln hatte. Angeklagt wegen versuchten Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884 waren der 30jährige Tischler Georg Schemel und dessen 24jährige Ehefrau Elise Sch. geborene Hesse, geschiedene Schulz. Beide Angeklagte wurden beschuldigt, es versucht zu haben, durch Anwendung von Sprengstoffen Gefahr für das Leben und die Gesundheit eines anderen herbeigeführt zu haben. Dieser „Andere" war der frühere Ehemann der Angeklagten Schemel, von dem sie vor einiger Zeit geschieden worden war. Anfangs des Jahres 1907 wohnte der Angeklagte bei dem Milchkutscher Karl Schulz, dem früheren Ehemann seiner jetzigen Frau. Zwischen ihm und der damals 20 Jahre alten Frau Schulz kam es hinter dem Rücken des Ehemanns zu einem intimen Liebesverhältnis, welches jedoch später nicht zum Gegenstande des Scheidungsprozesses gemacht wurde. Zu jener Zeit sollen nun beide Angeklagte den Plan gefaßt haben, den unbequemen Ehemann Schulz aus der Welt zu schaffen, wobei sie sich folgenden Mittels bedienten: Der Angeklagte Schemel, welcher bei dem Pionierbataillon in Spandau gedient hatte, war von seiner Soldatenzeit her in der Anwendung von Sprengstoffen, insbesondere auch über die Herstellung einer sog. „Tretmine", genau informiert. Er besorgte sich ein größeres Quantum Sprengpulver, mit dem er eine ebenso einfache wie raffinierte Höllenmaschine herstellte. Er füllte das Pulver in eine Zigarrenkiste, deren Deckel er an vier Stellen durchbohrt hatte. Durch diese Löcher steckte er vier lange Nägel in die Kiste hinein, die an ihrem unteren Ende mit Zündhütchen versehen waren, die sich entzünden mußten, wenn die Nägel von oben gegen den Kistenboden gedrückt wurden. Diese Höllenmaschine, welche bei der Explosion zum mindesten schwere Verletzungen verursacht hätte, wurde von der damaligen Frau Schulz fein säuberlich mit Stroh umwickelt und eines Morgens ihrem Ehemann unter das Sitzkissen seines Milchwagens gelegt. Ihre Hoffnung, daß sich ihr Ehemann auf die Höllenmaschine setzen und dann eine kleine Luftreise antreten würde, erfüllte sich jedoch nicht, denn durch einen reinen Zufall bemerkte Schulz die ihm zugedachte Sprengkiste. Er entfernte die Höllenmaschine und schüttete in Gegenwart einiger Arbeitskollegen das Pulver aus, sodaß diese „sinnreiche" Erfindung unschädlich wurde.

Vor Gericht waren die Angeklagten geständig, jene Höllenmaschine angefertigt zu haben. Beide behaupteten jedoch, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, dem Schulz irgend ein Leid zuzufügen, sie hätten ihm lediglich einen ordentlichen Schreck einjagen wollen. Der als Sachverständige vernommene Oberleutnant Lindemann vom 7. Pionierbataillon in Deutz bekundete jedoch, daß auch die verwendete geringe Menge Pulver geeignet gewesen sei, ernsthafte Verletzungen, zum mindesten in der Form von Brandwunden, herbeizuführen. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach versuchtem Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezw. Anstiftung auf seiten der Ehefrau. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Ehemann Schemel 3 Jahre Zuchthaus und gegen die Ehefrau 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete gegen den Ehemann auf 1¼ Jahre Zuchthaus und gegen die Ehefrau auf 6 Monate Gefängnis.

Betrügerischer Bankerott?

Wegen betrügerischen Bankerotts hatte das Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Schneidermeister Moses Fingerhut und dessen Ehefrau Salka F. geb. Schreiber zu verhandeln. Der Angeklagte eröffnete im Jahre 1906 in der Bessellstraße ein Herrenschneidergeschäft unter der Firma „Wiener Herrenmoden", welches er später nach der Potsdamer Straße 135 verlegte. Das Geschäft, in welchem noch bis zuletzt 11 Angestellte beschäftigt wurden, ging leidlich gut. Trotzdem kam F. auf keinen grünen Zweig, da er unter seinen zum Teil sehr noblen Kunden viele „Pumper" hatte, die sich bei der Bezahlung ihrer Kleiderrechnungen sehr viel Zeit ließen. Die Folge war, daß F. ständig mit einer Unterbilanz arbeitete. Als er schließlich nicht mehr weiter konnte, bot er seinen Gläubigern, Tuchlieferanten usw. einen Akkord mit 35 Proz. an, der aber abgelehnt wurde. Die Anklage behauptet, daß F. in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau, als er den drohenden Konkurs vor Augen sah, in der Absicht seine Gläubiger zu benachteiligen, einen mit Seidenstoffen, Knöpfen und Futtersachen vollgestopften Korb im Werte von zirka 1000 M. beiseite geschafft haben soll.

Vor Gericht gab der Angeklagte das zu, behauptete aber, nicht gewußt zu haben, daß er sich dadurch strafbar mache. Außerdem habe er seine Gläubiger nicht benachteiligen wollen, sondern vielmehr an anderer Stelle ein neues Geschäft eröffnen wollen, um dann die Gläubiger bezahlen zu können. Dies wäre ihm nicht möglich gewesen, wenn er die erforderlichen Betriebsmittel nicht gehabt hätte. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, sodaß die Freisprechung der Angeklagten erfolgen mußte.

Stempel für Verlängerung der Polizeistunde.

Das Preußische Stempelsteuergesetz vom 30. Juni 1909 bestimmt in Tarifstelle 51, daß die Genehmigung der Verlängerung der Polizeistunde für Wirtshäuser und öffentliche Vergnügungsorte einer Stempelabgabe von 25 M. unterliegt; Genehmigungen auf die Dauer von weniger als einer Woche sind aber nur mit 1,50 M. zu versteuern. Es fragt sich, ob unter der letzteren Bestimmung eine Kalenderwoche zu verstehen ist oder eine Reihe von 7 Tagen, auch wenn sie auf verschiedene Wochen verteilt sind. Dem Streitfall lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Kläger betreibt bei Berlin eine Gastwirtschaft. Er hat für drei Tage, und zwar für den 25. und 26. Dezember 1910 und den 1. Januar 1911, in einem Gesuch die Verlängerung der Polizeistunde nachgesucht und genehmigt erhalten. Für die Genehmigung ist ein Stempel von 1,50 M. erhoben. Der Steuerfiskus hat aber einen Betrag von 23,50 M. nachgefordert. Der Kläger hat deshalb gegen den preußischen Steuerfiskus Klage auf Feststellung erhoben, daß die Nachforderung ungerechtfertigt ist. Er meint: der höhere Stempel von 25 M. könne nur erhoben werden, wenn es sich um eine gewisse andauernde Zeit handele, die länger als eine Woche betrage, nicht aber, wenn nur drei Tage in Frage stehen, auch wenn diese sich auf mehrere Wochen verteilen. Dagegen ist der beklagte Steuerfiskus der Ansicht: unter einer Woche sei eine Kalenderwoche zu verstehen, nicht die einzelnen Tage, auch wenn diese keine Woche ausmachen.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin sind der Ansicht des Klägers beigetreten und haben der Klage stattgegeben. Das Kammergericht führt begründend aus: Maßgebend für die verschiedene Besteuerung der Genehmigungskosten war die Erwägung, daß durch die Verlängerung der Polizeistunde ein Vermögensvorteil entstehe. Der Vorteil ist um so größer, je länger die Zahl der Tage ist, auf welche sich die Erlaubnis erstreckt. Daraus folgt, daß der Stempel von 25 M. nur dann erhoben werden kann, wenn die Verlängerung der Polizeistunde für mindestens sieben aufeinanderfolgende Tage gegeben ist.

Die von dem beklagten Steuerfiskus eingelegte Revision hatte nur einen teilweisen Erfolg: das Reichsgericht hat am 5. d. M. das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Stempelnachforderung in Höhe von 22 M. für unbegründet erklärt; im übrigen, also bezüglich 1,50 M., ist die Klage abgewiesen worden. Das Reichsgericht nimmt hiernach an: daß der ermäßigte Stempel von 1,50 M. in der Tat nur dann zu berechnen ist, wenn es sich um sieben aufeinanderfolgende Tage handelt. Da im vorliegenden Falle die genehmigten drei Tage auf zwei verschiedene Kalenderwochen fallen, so ist für jede Woche ein Stempel von 1,50 M., im ganzen also 3 M. anzusetzen. (Aktenzeichen: VII. 124/12.)

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlk. (Bezirk 121 und 122).

Am Freitag, den 5. Juli, verstarb unser Mitglied, der Maurer

Heinrich Thiem

Gneisenaustr. 61.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

210/11 **Der Vorstand.**

---

3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Parteigenosse, der Kapser

August Bahls

(Bezirk 244)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Siechenhauses, Prenzlauer Allee, aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß am Sonntag, den 7. Juli, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Martha Bagowski

geb. Mende

nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Heinrich Bagowski

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des zweiten städtischen Friedhofes in Schöneberg (Bankestraße) aus statt.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Robert Schulz** sage ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank.

Die trauernde Witwe nebst Sohn.

Heute abend verschied sanft im 63. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Großvater und Bruder, der Kassenbeamte

Karl Pottgießer.

Berlin-Nieder-Schönhausen, Barcelona, den 6. Juli 1912.

Im Namen der Hinterbliebenen

Wilhelmine Pottgießer geb. Dietze.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstr. 129, aus statt. 24006

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.

Am Sonnabend, den 6. Juli, abends 8½ Uhr, verschied nach längerem Leiden Herr

Karl Pottgießer

im 63. Lebensjahre.

Der Verstorbene, welcher vom 1. September 1890 bis 31. März 1911 in Diensten oben bezeichneter Kasse stand, wurde am 1. April 1911 in Anbetracht seiner Pflichttreue wie auch krankheitshalber pensioniert.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

277/5 **Der Vorstand.**
Wilhelm Piehl, Vorsitzender.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstr. 129-137, aus statt.

Verband der Bureauangestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß unser Kollege

Karl Pottgießer

Kassenangestellter, (Allgemeine O.-K.-K. Berlin)

im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. Juli, nachm. 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

47/11 **Die Ortsverwaltung.**

Am Sonnabend, den 6. Juli, verstarb unser Kollege

Karl Pottgießer

im Alter von 63 Jahren.

Er war uns wegen seines offenen, liebenswürdigen Charakters ein werter Kollege.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags 5½ Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof in Neukölln, Hermannstraße 129/137, statt. 277/6

Die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin.

Männergesangverein „Brennabor 1858".

Den Mitgliedern und Freunden des Vereins hierdurch die traurige Nachricht, daß unser verehrter Sangesbruder, Chorführer und Ehrenpräsident

Karl Pottgießer sen.

am 6. Juli nach kurzem Krankenlager gestorben ist.

Während seiner 44jährigen Mitgliedschaft war er uns stets ein väterlicher Berater und ein leuchtendes Vorbild hingebender und gewissenhafter Pflichterfüllung.

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags pünktlich 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße 129/137, aus statt. 59/4

J. A.: **Walter Gommert**, Vorsitzender, Romintener Str. 22.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher

Paul Roßmann

Liebenwalder Str. 44,

am 6. d. Mts. an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 9. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

118/11 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.

Unerwartet verschied am Sonnabend, den 6. d. M., unser Mitarbeiter, der Schraubendreher Herr

Paul Roßmann.

Wir achteten in dem Verstorbenen einen fleißigen und gewissenhaften Arbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. 21a

Zeidler & Remak,
Metallwarenfabrik.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Aloys Winkler

sage ich allen Vereinen und Kollegen nebst Verwandten meinen herzlichsten Dank. 1a

Witwe Winkler geb. Eckelt.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders

Hermann Skala

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 6a

Im Namen der Hinterbliebenen

Franz Skala.

Spezialarzt

für **Haut- und Harnleiden**, nervöse Schwäche, „Ehrlich 606" usw.

Dr. Homeyer u. Co. kang. Laborat. für Blutuntersuchungen, Fäden im Harn usw. **Friedrichstr. 81,** gegenüber Panoptikum.

Spr. 10—2, 5—8, Sonntags 11—2. Honorar mäßig, auch Teilzahlung.

Pollmanns **Bandagen-**

Geschäft, nebst Artikel zur **Gesundheits- u. Krankenpflege,** Verbandstoffe, Gummiwaren etc.

Berlin N., Lothringer Str. 60.

Lieferant für Krankenkassen

Eigene Werkstatt.

Die besten Suppen

erhalten Sie aus

MAGGI's Nudel-Suppe (Fadennudeln)
Erbs mit Schinken-
Rumford-
Grünkern-
Königin-
Tapioka-
Sternchen-Suppe
usw. (Mehr als 35 Sorten).

10 Pfg. der Würfel für 2—3 Teller

Allein echt mit dem Namen **MAGGI** und der Schutzmarke Kreuzstern.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Paletots, Ulster etc., Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M. Damen-Kostümstoffe, Damentuche „Neuheiten" Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M., Loden f. Pelerinen Mtr. 1.50, 2.50 M. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten ca. 20 bis 30 M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Schultheiß-Ausschank

Charlottenstr. 7

(vis-à-vis Berliner Theater)

Inh.: **Franz Schirm**

empfiehlt schöne Vereinszimmer für Vereine, Kommissionen, Werkstuben und zu Festlichkeiten. — 2 Kegelbahnen. — Billiger Mittagtisch.

Den Parteigenossen und Freunden zur Nachricht, daß ich das 23885*

Restaurant von C. Kippe, Landsberger Allee 37,

übernommen habe und lade zu regem Besuch freundlichst ein.

August Paris,

Landsberger Allee 37.

Früher Velten.

Elegante

Herren-Moden

fertig u. nach Maß

von **1** Mark

wöchentliche Teilzahlung

S. Boltuch

Frankfurter Allee 75

Eingang Tilsiter Strasse

Kein Waren-Kreditsystem

Kios Cigaretten

Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4 „
Welt-Macht 5 „
Auto-Klub 6 „
Aero-Klub 10 „

Kleine Berliner Stück 2 Pf.

Den echten „Kornfranck" gibt es nur unter diesem Namen! Die Pakete sind grün und haben dunkelgrüne Bänder.

24

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 9. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, in den „Konkordia-Sälen", Andreasstr. 64:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Weiterberatung und Beschlußfassung über die Anstellung eines dritten Angestellten und Anträge. 2. Beratung und Beschlußfassung über das Wahlregulativ und Anträge. 3. Vereinsangelegenheiten.

217/17* Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Speise-Eis

Verarbeiten Sie nur **Reichel's Eis-Essenzen** — natürliches Fruchtaroma enthaltend — und Ihr Absatz wird sich durch die vollendete Qualität verdoppeln. Wirklicher Fruchtgeschmack. Alle zugehörigen Substanzen. Auch d. Drogerien zu beziehen o. bestellbar. — Erprobte Rezepte gratis. **Otto Reichel**, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Steppdecken

Sonderofferte!

Nur diesen Monat!!

Purpur	doppelseitig	2.35,	3,35
Cretonne-Steppdecken		2.85,	3,85
Trikot	doppelseitig	4.35,	5,00
Simliseide	bord., oliv.	3.95,	6,00
Normal-Schlafdecken		1.10	2.50 3.50
Kamelhaardecken		10,–	24,00

Emil Lefèvre

Berlin S. Oranienstr. 158.

Spezial-Katalog

mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1289. — Verwaltungsstelle Berlin Chariteestraße 3. — Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987

Donnerstag, den 11. Juli, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der Maschinenarbeiter und -Arbeiterinnen der Metallindustrie Südostens und Neukölln

im Luisenstadt-Kasino, Oranienstr. 180.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Branche und welche Aufgabe haben die Kolleginnen und Kollegen zu erfüllen. Referent: Kollege Frieß. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Donnerstag, den 11. Juli abends 8 Uhr:

Versammlung aller Autogenschweißer u. Autogenschneider

in Hoffmanns Festsälen, Dragonerstr. 15.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Jakob. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Donnerstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr:

Versammlung der Bauanschläger

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.** 120/11

Die Dampferpartie findet am Montag, den 22. Juli statt. Billetts können in der Versammlung und beim Kollegen Metzke, Friedenau, Albestr. 26, angefordert werden. **Die Kommission.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 9. Juli 1912, abends 8½ Uhr, in den „Germania-Prachtsälen", Chausseestr. 110:

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

Fortsetzung der Beratung und Beschlußfassung über den Entwurf der Ausführungsbestimmungen sowie der nicht erledigten Anträge.

Mitgliedsbuch legitimiert. 230/6* **Der Vorstand.**

Vornehme Herren-Bekleidung

fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen Mass-Schneiderei

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate.

von **1 Mark** an

Rosenthaler Straße 36 1. Etage.
Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstraße.
Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.

Land u. Wald

am gr. Storkower See mit eigenen Bootsstellen

OR von 7 M. an.

Terraingesellsch. am Storkow- und Scharmützelsee m. b. H., Berlin C.2, Burg-Strasse 30.

Der Spaziergang

wird erst richtiger Genuss durch Continental Gummi-Absätze. Angenehm weicher, elastischer Gang. Erschütterungen vermindert. Dauerhafter als Leder. Verlangen Sie daher stets

GUMMI-ABSÄTZE Continental

Continental Gummi-Absätze

Enorm haltbar

Schweimer Gummiwaren-Industrie G.m.b.H., Schweim i.W.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10–2, 5–7, Sonntags 10–12, 2–4

Zurück: 2399b

Dr. Davidsohn, Arzt, Oranienstr. 51.

H. Pfau, Bandagist

Berlin C., **Dircksenstraße 20** zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kst. 8208.

Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Krankenkassen.

Harn-,

spez. chron. Haut- u. Frauenleiden vorzeit. nervöse Schwäche usw.

Ehrlich-Hata-Kuren

Schnelle, gründl. spezialärztl. Beh. mögl. o. Berufsstörg. in **Dr. Homeyer & Co.,** kons. Spez. Laborator. f. Blutuntersuch. Fäden im Harn etc. **Friedrichstr. 81,** gegenüber Panoptikum. Sprechst. 10-2, 5-8, Sonnt. 11-2. Honorar mäß. Teilzahl. gestatt.

Das gute Riebeck-Bier

Ausstoss Mittwoch, den 10. Juli

Riebeck-Brauerei, Berlin

Schlesische Strasse 20

Telephon: Amt Moritzplatz 4336.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 9. Juli 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Von Meran zum Ortler.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kurfürstenoper. Der Tanzanwalt.
Neues. Der liebe Augustin.
Berliner. Große Rosinen.
Schiller O. Geschlossen.
Schiller - Charlottenburg. Das Konzert.
Thalia. Autoliebchen.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Sanatorium Sonnenstich.
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Lessing. Vergnügungsreise.
Neues Schauspielhaus. Silvester Schäffer. 1. Klasse.
Lustspielhaus. Ein Königreich m. d. H.
Neues Operetten. Parkettsitz Nr. 10.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Rose. Die Tragödie einer Ehe.
Folies Caprice. Parisiana-Ensemble

Anfang 8½ Uhr.

Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Krawatte.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.

* * *

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater
Charlottenburg.

Das Konzert.
Lustspiel in 3 Akten von Herm. Bahr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Das Konzert.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

LUNA PARK
30 Weltattraktionen 30
Kongo, Zwergstadt, Die alte Mühle, Johnstowns Untergang usw. **Entree 50 Pf.**
Saisonkarten 3 Mark.
Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Gastspiel Helene Stiewe:
Die Tragödie einer Ehe.
Anfang 8¼ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von R. Nelson. U. a. Tänze v. W. Bishop. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
12 große Attraktionen.
Clown Alf. Daniels mit seinen Zirkusspäßen.
Paul Beckers als **Angler** usw.

IKLA
Intern. Kongreß Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung lebender Naturwunder von 10 bis 10 Uhr in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. Kinder, Sold. 25 Pf. **50 Pf.**

Hagenbeck's Indien
— Tempelhofer Feld. —
Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
150 Indier.
Maori Sollothi's
Löwen- und Tigergruppe.
Ohne Extra-Entree!

Silvester Schäffer
Neues Schauspielhaus

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß neu:
Sanatorium Sonnenstich.
Burleske von Meysel.
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Gr. rom. Ausstattungsstück m. Tanz und Gesang in 5 Bildern.
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr.
Täglich: **Varieté und Theater.**
Vom 1.—16. Juli: **8 Spezialitäten** und **„Alte Liebe"**, Lustspiel in 1 Akt. **„Das Mädchen aus der Fremde"**, Posse mit Ges. in 1 Akt.

R. Voigts Krampenburg
vis-a-vis Schmöckwitz.
Täglich: **Extra-Dampferfahrten: vormittags 9 und nachmittags 2 Uhr,** von der **Jannowitz- und Waisenbrücke.** 8792B*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Bandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1764R*

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 2387b*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Stalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67. *

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Beinkleider. Prinzenstraße 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 1580R*

Teppiche! Riesenauswahl! darunter wenig fehlerhafte Prachtstücke 5,50, 6,75, 10,50 bis 36,00. Teppich-Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbuser-tor). Abonnenten zehn Prozent Rabatt. Prachtkatalog gratis! *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Zinkwaschfässer, Zuber, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Leisern 5 Proz.

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7 spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Deckenverkauf, Wäscheverkauf. Große Auswahl in Uhren, Ketten, Schmucksachen. 1705R*

Klappsportwagen. Joachim, Frankfurter Allee 128 III. 108/15

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Teppiche, Fardenfehler, jetzt fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.25 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Künstlergardinen, Garnitur 3.85, 4.75, 5.95, 6.65 usw.

Leinen, Tischportieren, Garnitur 2.85, 3.65, 4.95, 5.50, 6.75, 7.85 usw.

Plüschportieren, 5.65, 6.75, 7.85, 9.85 bis 30 Mark. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Steppdecken, Purpur 2.85, 3.75, 4.25, Simili, Seide 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75, 11.50.

Schlafdecken 0.95, 1.25, 1.65, 2.25, 2.85 bis 35 Mark.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75 usw.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern, in allen Farben, unglaublich unter Preis.

Diwandecken 3.75, 4.50, 5.45, 6.85, 8.50 bis 30 Mark.

Möbelstoff, Läufer, Linoleumreste fabelhaft billig. E. Weltzendergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1751R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Inventurverkauf, 10 Prozent Rabatt. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Klappwagen, Kinderwagen, spottbillig, Kottbuserdamm 90. †28*

Geschäftsverkäufe.

Restaurant wegen anderweitigen Unternehmens sofort verkäuflich. Damm, Oberschöneweide, Tabbertstraße 36. 2367b*

Zigarrengeschäfte, An- und Verkauf vermittelt provisionsfrei Georg Rokahr, Klosterstraße 63, Tabakgroßhandlung. 1514R*

Obst-, Gemüsegeschäft jeden annehmbaren Preis verkauft Weckmann, Neukölln, Boddinstraße 32. †2*

Kolonialwaren-, Gemüsegeschäft, 60 Mark Kasse, 1500 Mark, wegen Verzugs nach außerhalb, Hussitenstraße 42. †21

Gutgehende Restauration zu verkaufen. Schmidt, Ritterstraße 47. *

Lokal, Parteiverkehr, sichere Existenz, verkauft Lichtenbergerstraße 6.

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Schlafzimmer 135,—, Eiche 288,—, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheit. Möbelspeicher Neue Königstraße 5—6. 249/2*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ankamerstraße.

Großer Möbelverkauf! Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an. Teilzahlung gestattet. Kleiderspind, Vertiko 20,—, Bettstelle 12,—, Wachstuchtische 7,—, Umbauten, Sofas, Küchen, Büfetts 60,—, Schreibtische 22,—, Garnituren 65,—. Zurückgesetzte, verliehene gewesene Möbel besonders preiswert. Lieferung, Aufbewahrung frei. Kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 1685R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, die ihr Konto beglichen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen in großer Auswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8—10 geöffnet. 1559R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195.00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Tischlermeister Rejewske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 108/17

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Wirtschaft, moderne Stuben und bildhübsche Küchneinrichtung, noch neu, spottbillig verkäuflich. Bauer, Waßmannstraße 13, eine Treppe. *

Möbelhaus Andreasplatz. Brautleute, Möbelsuchende kaufen jetzt bedeutend billiger, enorm riesige Auswahl. Besichtigung lohnend. Andreasstraße 25, neben Metzner. 1773R*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*.

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1629R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Adlerherrenrad, Glockenlager 25,00, Damenfahrrad sofort. Schrader, Weberstraße 42. 108/14*

Fahrradverleihung. Gelegenheitskäufe, Reparaturen. Kämmerreit, Große Frankfurterstraße 14. 107/20

Herrenfahrrad, wie neu, 30,00, Schimanski, Neukölln, Wildenbruchplatz 4. 2406b*

Kaufgesuche.

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Broh, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 1659R*

Platinabfälle, Gramm 5,55, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Metallabfälle kauft Kottbuserstraße 8, Hof parterre. 2058b*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hollmannstraße 30. *

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaska, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763R*

Futterreste kauft Loewinsohn, Gollnowstraße 36. 108/12*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Zinn, Quecksilber, Blattgold, Goldwatten, Kupfer, Messing höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 1716R*

Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Platinabfälle, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend, Schmelzerei Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke). 108/10

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 225/19*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 448R*

Gratis-Unterricht in Stenographie und Maschinenschreiben wird Damen und Herren erteilt gegen Erstattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres melden. Nach Ausbildung kostenlose Stellenvermittelung. „Regina"-Maschinenschreibschule, Charlottenstraße 6. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunstkopferei von Frau Kokosch Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Kunstkopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 13, Ecke Greifswalderstraße. 106/17*

Aufpolsterung. Matratzen 4,00. Sofa 5,00, im — außerm Hause. Chausseestraße 74, Schäfer. 108/16

Hiermit nehme ich die gegen Fräulein Deuter, Wildau, Schwarzkopfstraße 83, beleidigenden Aeußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Georg Becker, Lagerhalter.

Wäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10. Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Hermann Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 2407b

Waschanstalt. Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 18. 2408b

Vermietungen.

Restauration, modern, bisher Parteiverkehr, zum 1. 10. 12 zu vermieten Gubenerstraße 19. 1772R*

Wohnungen.

Arkonaplatz! Zwei und Stube, Küche, billig. Bollinerstraße 15. *

Umzug vergütet. 2 schöne Stuben, Küche. Urbanstraße 7. 2386b*

Zimmer.

Vorderzimmer, Herren, auch bessere Dame, Hildebrandt, Kurfürstenstraße 9. 108/43

Schlafstellen.

Schlafstelle für Mädchen, Paetzoldt, Oudenarderstraße 4, vorn I. †86*

Schlafstelle, Bad und Zentralheizung, Woche 4 Mark, Neukölln, Weichselstraße 8, Aufgang 16, Watz.

Schlafstelle, sofort oder später, Kleinert, Yorckstraße 44, 3. Aufg. III.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

50 Mamsells auf Mädchenjacketts verlangt Westin, Rigaerstraße 107, Portal 2, am Baltenplatz. 2403b

Blusen-Zusammensetzerin verlangt Glöckner, Wilhelmsruh, Kurfürstenstraße 25. 283/10

Mamsells auf Damenmäntel verlangt Holz, Korsörerstraße 5. †102

Künstliche Blumen. Kröserinnen und Klebrinnen auch Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung von 25 Mark sucht Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 2347b*

Tüchtige Stepperin auf Kinderkleidchen verlangt Fuchs, Reinickendorf-Ost, Marktstraße 25. †142*

Stellengesuche.

Architekt, durchaus erfahren im Hoch-, Tief- und Umbau, selbständiger Arbeiter in allen vorkommenden Bureau- und Bauarbeiten, mit besten Zeugnissen und Referenzen, sucht dauernde Stellung als Bauführer für größere Bauausführungen oder bei größerem Haushalt resp. Fabrikbetrieb. Gefällige Offerten unter B. 2 an die Hauptexpedition des „Vorwärts" erbeten. 24095*

Tüchtigen Dreher
auf **chirurgische Instrumente** verlangt **Loewenstein,** Ziegelstr. 28.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Für Hartgummi-Arbeiter die Firma Matthaey, Schlesische Straße 32.
Erzgebirgische Holzindustrie in Braud, Filiale Dessauer Str. 36
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 23. Juli, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Stellungnahme zum Parteitag. 2. Anträge zu demselben. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!

Anträge, die in obiger Versammlung zur Verhandlung kommen sollen, müssen bis zum 15. Juli dem Vorstand eingereicht werden.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Genossen der 7. Gruppe werden ersucht, sich zum Zahlabend am morgigen Mittwoch diesmal nur bei Thumak, Wielandstr. 4, einzufinden.

Steglitz. Der Zahlabend für den dritten Bezirk findet im Lokal von Liebske, Mommsenstr. 7, statt.

Adlershof. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet Mittwoch, den 10. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokale des Genossen Kaul, Bismarckstr. 16, statt.

Der Zahlmorgen fällt im Juli und August aus.

Der Vorstand.

Johannisthal. Der Zahlabend am Mittwoch findet bei Otto Senftleben, Friedrichstr. 48, gemeinsam für den ganzen Ort statt.

Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Morgen Mittwoch, den 10. Juli, abends 8½ Uhr, Bezirksgeneralversammlung im Blumengarten. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung, Kassenbericht und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Grünau. Mittwoch, den 10. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokale „Zur grünen Ecke“, Köpenicker Str. 88: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahlen. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zeuthen-Mirsdorf. Mittwoch, den 10. Juli: Außerordentliche Generalversammlung. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre, Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Die Gemeindewählerliste in Berlin

ist für das Jahr 1912 vom Wahlbureau des Magistrats jetzt aufgestellt worden. Damit sie geprüft und nötigenfalls berichtigt werden kann, wird sie, wie alljährlich, vom 15. Juli bis einschl. 30. Juli an den Wochentagen von 9—3 Uhr und an den Sonntagen von 9—1 Uhr öffentlich ausliegen, diesmal aber nur in den Räumen des Wahlbureaus (Positr. 16, 2 Tr.). Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde etwaige Einwendungen gegen die Liste sowie Anträge auf deren Berichtigung entweder schriftlich an den Magistrat richten oder sogleich bei den an der Auslegestelle anwesenden Beamten zu Protokoll geben. Einwendungen, die nach dem 30. Juli eingehen, werden nicht mehr berücksichtigt.

Bei der Abgrenzung der drei Wählerklassen, die für die Aufstellung der Liste vorgenommen werden mußte, hat in diesem Jahr sich eine Verschiebung nach unten gezeigt. Die Summe aller für die Klassenabgrenzung zusammengetragenen Steuern ist diesmal 71 844 248,83 M., um ziemlich 2 Millionen Mark weniger als im vorigen Jahr, wo sie 73 785 709,06 M. war. Als durchschnittlicher Steuerbetrag ergibt sich diesmal 190,01 M., (genauer: 190 M. 0⁷⁶/₁₀₀ Pf.), während im vorigen Jahr der Durchschnitt auf 193,97 M. (genauer: 193 M. 96⁵³/₁₀₀ Pf.) ermittelt wurde. Nach dem in Berlin geltenden Verfahren der Klassenabgrenzung wird jeder Wahlberechtigte, dessen Steuerleistung unter dem Durchschnittsbetrag liegt, der dritten Wählerklasse zugeteilt. Diese reicht also diesmal bis zu einem Steuerbetrag unter 190,01 Mark, das ist um 3,96 M. weniger als im vorhergehenden Jahre. Alle Wahlberechtigten mit höheren Steuerleistungen von 190,01 M. an teilen unter sich die zweite und die erste Wählerklasse. Die Grenze wird so gezogen, daß beide Klassen in ihren gesamten Steuerleistungen einander gleichkommen. Auch hier hat diesmal sich eine Verschieben nach unten ergeben, durch die man jetzt schon mit einer geringeren Steuerleistung als im vorigen Jahr zum Wähler erster Klasse wird. Im vorigen Jahr begann die Klasse dieser Auserlesenen mit 7334 M. Steuerleistung, diesmal aber gehört man zu den Erstklassigen mit einer Steuerleistung von 6601,40 M. an. 6601,40 M. als unterste Grenze der Steuerleistung ist noch immer mehr als genug, um die erste Klasse einer winzigen Gruppe von Besitzern allerschwerster Geldsäcke als ihre Domäne zu sichern. Und auch in der 2. Klasse kann bei einer Steuerleistung von mindestens 190,01 M. es nur in einzelnen Fällen vorkommen, daß hier mal unter den Wählern ein Sozialdemokrat auftaucht. Das Dreiklassensystem des Gemeindewahlrechts verweist mehr als neun Zehntel aller Berliner Gemeindewähler in die dritte Klasse, in die Klasse der Wähler des arbeitenden Volkes, die in überwältigender Mehrheit für die Sozialdemokratie stimmen.

Es ist zu wünschen, daß alle Gemeindewähler dritter Klasse sich vergewissern, ob sie in der Wählerliste verzeichnet sind. Das sollten sie auch in denjenigen Jahren nicht unterlassen, wo keine allgemeinen Stadtverordnetenwahlen vollzogen werden und höchstens mal eine unerwartete Ersatzwahl nötig werden kann.

Der heiße Sonntag, der mit seiner Temperatur lebhaft an seine Vorgänger im verflossenen Jahr erinnerte, brachte den in der Umgebung von Berlin gelegenen Freibädern einen Massenbesuch. Schon frühmorgens mit den ersten Zügen pilgerten Hunderte badelustiger Berliner, die nicht an die See reisen konnten, an den Wannsee hinaus, an dessen geschützten Ufern sich bald reges Leben und Treiben entwickelte. Immer neue Scharen kamen hinzu und am Nachmittag gegen 3 Uhr wurde bereits der 50 000. Besucher registriert. Auch an der Krummen Lanke konnte man zahlreiche Badegäste sehen und am Müggelsee, an dessen Ufern sich eine kleine Zeltstadt aufgebaut hatte, tummelten sich viele Tausende. Die große Hitze forderte allerdings auch Opfer, da zusammen 6 Personen vom Hitzschlag getroffen wurden, doch handelte es sich um leichtere Fälle, die mit Hilfe der in den Freibädern stationierten „fliegenden Unfallstationen“ schnell behoben werden konnten. Dagegen geriet am Müggelsee die 18jährige Verkäuferin Charlotte M. aus Berlin in ernste Lebensgefahr. Das junge Mädchen stand bis zur Brust nahe dem Ufer im Wasser und beobachtete das Fußballspiel einiger junger Leute. Durch einen ungeschickten Spieler wurde der schwere Ball nach dem Wasser zu gestoßen und traf die M. an der Brust. Das junge Mädchen sank ohnmächtig zusammen und stürzte hintenüber in ein tiefes Wasserloch. Mehrere Herren eilten der Verunglückten, die bereits untergesunken war, zur Hilfe und schafften sie ans Land, wo sie sich unter den Bemühungen eines Arztes erst nach längerer Zeit wieder erholte.

Was im Rathause verschrieben wird. Riesenmengen von Schreibmaterialien werden jährlich im Berliner Rathause verbraucht. Im letzten Rechnungsjahre wurden allein rund 1½ Millionen Kuverts, 3000 Bogen Kuvertpapier, 8½ Millionen Bogen gewöhnliches Konzeptpapier, 4,3 Millionen Bogen gewöhnliches Schreibpapier, 3,7 Millionen Bogen großes Konzeptpapier, 866 000 Bogen großes Schreibpapier, 94 000 Bogen Briefpapier, 266 000 Bogen Aktendeckel den Beamten geliefert, zusammen rund 17¾ Millionen Bogen. Dazu kommen 4000 Liter Tinte, 9000 Gros Stahlfedern, 2 Pund Federposen, 17 400 Stück Stahlfederhalter, 40 750 Stück Bleistifte, 15 600 Stück farbige Stifte, 1250 Flaschen Stempelfarbe, 4600 Stück Radiergummi, 500 Stück Federmesser, 580 Stück Lineale, 4400 Heftnadeln usw.

Das Inselspeichergrundstück ist, wie schon berichtet, vor kurzem von der Stadt Berlin übernommen worden. Der Abbruch der darauf befindlichen Gebäude ist sofort öffentlich ausgeboten worden. Der Zuschlag wurde an die Firma Louis Sandler in Berlin erteilt, welche die günstigsten Bedingungen stellte. Mit den Abbrucharbeiten wird heute begonnen werden. Die völlige Niederlegung soll in drei Monaten beendet sein.

Vom Zweckverband. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reicke trat am Montag der Ausschuß des Verbandes Groß-Berlin im Berliner Rathause zusammen. Dem Antrage der Hochbahngesellschaft auf Zustimmung zum Bau einer etwa 70 Meter langen Hochbahn-Zwischenstrecke auf Schöneberger Gebiet zum Anschluß an die geplante Hochbahn durch die Kurfürstenstraße wurde entsprochen, doch soll diese Zustimmung kein Präjudiz für die schon bestehenden Verträge bedeuten. Die Friedenauer Bauordnung wurde genehmigt in der Voraussetzung, daß Friedenau geeignete Maßnahmen trifft für die Schaffung genügender Freiflächen für die ortseingesessenen Kinder.

Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen ein über die Frage der vom Verband zu erwerbenden Waldflächen, soweit sie sich im Besitz des Fiskus befinden. Diesem soll nun mitgeteilt werden, welche Flächen der Verband eventuell zu erwerben gedenkt, falls eine Einigung über den Preis zwischen Verband und Fiskus erzielt wird. Die zwischen der Stadt Schöneberg und der Berlinischen Bodengesellschaft abgeschlossenen neuen Verträge über den Aufschluß des am Stadtpark nahe dem „Bayerischen Viertel“ liegenden Terrains wurden ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Sämtliche Beschlüsse bedürfen natürlich der Zustimmung der Plenarversammlung des Verbandes Groß-Berlin.

Schon wieder ein Familiendrama? Am Sonntag abend wurde die Berliner Feuerwehr nach der Großen Frankfurter Straße 129 alarmiert. Hausbewohner hatten dort durch einen intensiven Gasgeruch beunruhigt die Feuerwehr und Aerzte benachrichtigt. In der Wohnung der Friseurin Emma Dräbel fanden sie die Ehefrau tot auf. Sie hatte sich mit Leuchtgas vergiftet. Der Ehemann wurde durch Einflößen von Sauerstoff gerettet und dann nach der Charité gefahren. Ein Knabe von sechs Jahren lebte noch und wurde zu einer Tante in der Zorndorfer Straße gebracht. Angeblich sollen die Eheleute im beiderseitigen Einverständnis gehandelt haben; von anderer Seite wird dies bestritten und behauptet, die Frau habe Selbstmord verübt und sei schon tot gewesen, als der Mann in die Küche kam.

1200 M. Belohnung hat die Aktiengesellschaft Schering aus der Müllerstr. 170/71 auf die Wiederherbeischaffung eines Platinkessels gesetzt, der in der Nacht zum Sonntag von Einbrechern gestohlen worden ist. Der Kessel ist 24 000 M. wert, da er ein Gewicht von 4 Kilogramm hat. Von den Tätern, die nach dem Befunde zu urteilen, mit den örtlichen Verhältnissen genau bekannt und mit passenden Schlüsseln zu dem Laboratorium versehen gewesen sein müssen, fehlt bis jetzt noch jede Spur. Die einschlägigen Geschäfte, wie Metallschmelzen usw. sind von der Kriminalpolizei vor dem Ankauf des wertvollen Platinkessels gewarnt worden.

Einen gemeingefährlichen Kinderfreund hat die Polizei in der Person des 23jährigen Hausdieners Fritz Brinkmann aus der Greifswalder Straße 8 unschädlich gemacht. Seit etwa acht Tagen machte sich auf dem Weißenseer Pferdemarkt ein junger Mensch in recht verdächtiger Weise an Schulmädchen zu schaffen. Er näherte sich den Kleinen in der aufdringlichsten Art und lockte sie dann unter allerhand Versprechungen in leerstehende Schuppen. Der dreiste Bursche trieb sein Unwesen so unvorsichtig, daß es bald allgemein auffiel. Am Sonnabend taten sich mehrere Marktbesucher zu einem förmlichen Beobachtungsdienst zusammen. Sie überraschten denn auch den Unhold in dem Augenblick, als er sich an einem seiner Opfer in einem Schuppen in der schwersten Weise verging. Man riß den Unmenschen von der Kleinen fort, übte zunächst ein Lynchgericht an ihm aus und übergab ihn dann der Polizei. Die Ermittelungen der Behörde ergaben, daß sich der Kinderfreund, in dem der Hausdiener Brinkmann ermittelt wurde, in zahlreichen Fällen an Schulmädchen vergangen hat. Die meisten Opfer haben den gefährlichen Burschen sofort wiedererkannt. B. wurde dem hiesigen Kgl. Polizeipräsidium zugeführt.

Das Opfer des Unwetters vom vergangenen Mittwoch, der 34 Jahre alte Arbeiter Ernst Barteleit aus der Kösliner Str. 6, wurde am Sonnabend gelandet. Barteleit versuchte, wie wir mitteilten, bei dem heftigen Gewitterregen ein Stück Holz aus der zu einer reißenden Flut angeschwollenen Panke zu fischen. Er wurde jedoch von der Strömung fortgerissen und kam nicht mehr zum Vorschein. Das Absuchen der Panke, das sofort nach seinem Verschwinden von der Feuerwehr vorgenommen wurde, blieb ohne Erfolg.

Bei der Arbeit verunglückt ist gestern vormittag die 18jährige Arbeiterin Frida Göricke in der Blechwarenindustrie Waldemarstraße 29. Die Arbeiterin war an der Stanzmaschine beschäftigt und geriet mit einer Hand unter das Stanzeisen, wobei sie sich drei Finger schwer verletzte. Die Arbeit soll für die Mädchen äußerst schwer sein und große körperliche Anstrengungen erfordern. Da auch die Löhne sehr niedrig sein sollen, müssen sich die Mädchen tüchtig abhetzen, um nur einigermaßen etwas zu verdienen.

Des Mordes bezichtigte sich gestern auf dem Berliner Polizeipräsidium der 18 Jahre alte „Dramaturg“ Paul Winter aus der Suarezstraße. Er behauptete, er habe seine Geliebte, die Artistin Emmy Kaufmann, aus Wien hierher kommen lassen und sie während einer Kahnpartie auf dem Schlachtensee veranlaßt, ins Wasser zu springen; dabei sei sie ertrunken. Die verworrenen Reden des Winter machten einen recht unglaubwürdigen Eindruck. Nachforschungen haben ergeben, daß nach einer Nachricht der Wiener Polizei die angeblich ertrunkene Emmy Kaufmann sich wohl und munter in Wien befindet, das sie in letzter Zeit auch nie verlassen habe. Wie es scheint, ist Winter nicht ganz zurechnungsfähig. Er wurde nach seiner Vernehmung dem Kreisarzt zur Untersuchung seines Geisteszustandes zugeführt. Möglicherweise handelt es sich auch um eine geschickte Reklame des Winter, der einige kleine Stücke verfaßt hat, die aber überall abgewiesen worden waren.

Achtet auf die Taschendiebe.

Bei dem starken Reiseverkehr, der jetzt nach Beginn der Schulferien begonnen hat, sind auch die Taschendiebe wieder eifrig an der „Arbeit“. Kriminalpatrouillen halten aber die Bahnhöfe besetzt und sehen diesen Spitzbuben auf ihre langen Finger. Gestern fielen Beamten auf dem Stettiner Bahnhof zwei Männer auf, die während eines großen Gedränges an den Bahnsteigsperren bald vorwärts, bald rückwärts gingen und so noch mehr Verwirrung hervorriefen. Nach längerer Beobachtung nahmen sie die beiden fest und brachten sie zunächst nach der Wache. Hier gaben sie an, kein Wort Deutsch zu verstehen. Auf dem Polizeipräsidium, wohin sie darauf geschafft wurden, erkannte man sie als zwei englische Seeleute, einen 28 Jahre alten Henry Penly und einen 22 Jahre alten Jakob Schinbaum, die beide aus London gebürtig sind. Sie sind erst vor sechs Tagen aus der Untersuchungshaft in Leipzig entlassen worden, wo sie in dem dringenden Verdacht standen, bei einem dort ausgeführten Bankdiebstahl, bei dem den Spitzbuben 8600 M. in die Hände gefallen sind, beteiligt gewesen zu sein. Da der Beweis hierfür jedoch nicht erbracht werden konnte, mußten sie wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die beiden Verhafteten waren schon vor einigen Jahren einmal in Berlin „tätig“. Sie führten auf einer hiesigen Bank in der Behrenstraße einen Diebstahl aus, wurden aber dabei abgefaßt und zu einer längeren Strafe verurteilt. Als Taschendiebe sind sie sowohl in ihrem Heimatlande England, wie in Frankreich und Deutschland den Behörden bekannt. Bei ihrer jetzigen Festnahme fand man bei einem 150, bei dem anderen 180 M. sowie einige gestohlene Portemonnaies. Beide wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Zeuge gesucht! Am 29. Juni 1912, nachmittags, wurde ein älterer Herr, welcher in der Königstraße junge Mädchen gegen die flegelhaften Belästigungen eines Strolches in Schutz nahm, von dem rohen Patron derartig mißhandelt, daß er die Hilfe eines Arztes in Anspruch nehmen mußte. Erst nach Ueberwindung erheblichen Widerstandes gelang es zwei Schutzmännern, den Herrn zu befreien und den Attentäter zur Wache zu bringen. Aus dem begreiflichen Bestreben heraus, nicht weiter mit dem Wüstling zu tun zu bekommen, hat sich der Ueberfallene bisher nicht als Zeuge gemeldet. Da es aber im allgemeinen Interesse liegt, daß derartige Flegel exemplarisch bestraft werden, wird der verletzte Herr gebeten, seine Adresse möglichst bald dem Polizeibezirksamt Berlin-Mitte, Am Molkenmarkt 1, zum Aktenzeichen 1505. II. B. 12, mitzuteilen.

Wer sind die Toten? Am 25. Juni 1912 wurde aus der Spree eine etwa 25 Jahre alte Leiche weiblichen Geschlechts gelandet, deren Persönlichkeit sich bisher nicht feststellen ließ. Sie ist 1,60 Meter groß, von schmächtiger Gestalt, hat dunkles volles Haar, ovales Gesicht und war bekleidet mit schwarzem Rock, daran vorne 6 schwarze eckige Knöpfe, schwarzem Gürtel mit viereckigem Schloß, weißer durchbrochener Bluse, Unterrock, Beinkleidern, schwarzen Strümpfen, schwarzen Halbknöpfschuhen und schwarzen durchbrochenen Handschuhen. Am linken Mittelfinger trug sie einen anscheinend goldenen Reif und in den Ohren Ringe mit je 2 Similisteinen. — Nachrichten über die Persönlichkeit der Verstorbenen werden zu 2514. IV. 55. 12 erbeten.

Am 5. Juli 1912 nachmittags gegen 4 Uhr wurde die Leiche einer dem Mittelstande angehörenden etwa 30 Jahre alten Frauensperson an der Monbijoubrücke gelandet. Die Leiche kann etwa zwei Wochen im Wasser gelegen haben. Beschreibung: Größe 1,60 Meter, Gestalt schlank, Nase klein und platt, Haar dunkel, Hände und Füße klein. Bekleidung: schwarzer enger Rock, weiße Bluse, blau-weißgestreifter Unterrock, weiße Hose, schwarz durchbrochene Strümpfe, schwarze Schnürschuhe. Die Leiche befindet sich im Schauhause. Nachricht erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 349, zu den Akten 2632. IV. 55. 12, auch nimmt jedes Polizeirevier Mitteilungen entgegen.

Radrennen im Olympiapark. Sonntag, 7. Juli. Der Nobl-Preis, ein 100 Kilometer-Rennen in drei Läufen über 20, 30 und 50 Kilometer, sah jedesmal den Berliner G. Janke als sicheren Sieger. Demke belegte zweimal den zweiten Platz und war seinem Landsmann heute vollkommen ebenbürtig. Der Franzose Darragon wurde Dritter vor dem Engländer Hall und dem Holländer Dickentman. Im ersten Lauf sichert sich Janke die Führung vor Demke und Darragon. Letzterer kommt bei einem Angriff auf Demke vom Motor ab und wird Letzter, holt aber später gut auf, da Hall und Dickentman nur Statisten sind. Im zweiten Lauf ist Janke wiederum unangefochten bis zum Schluß an der Spitze. Demke holt zusehends Terrain auf und liegt nur etwa 60 Meter hinter ihm, als er sechs Runden vor Schluß Defekt erleidet und Dritter hinter Darragon wird. Alle Fahrer lassen ihre Motoren vorzeitig los und ist dieser Lauf etwas irregulär. Auch im dritten Lauf liegt Janke an der Spitze und überrundet alle Gegner, bis er in der 30. Runde sein Rad wechseln muß und nunmehr dem Franzosen den Vortritt lassen muß. Demke kommt durch Radwechsel und Motordefekt ganz ins Hintertreffen und wird Letzter. In der 51. Runde hat Darragon einen Kampf mit Demke und kommt hierbei einen Augenblick von der Führung ab; dies benutzt Janke, der wieder sehr schnell fährt, zu einem Vorstoß und erringt die Spitze. Auch Demke holt auf und erobert sich nach und nach den zweiten Platz. Beide Berliner fahren die Ehrenrunde. — Den Olympia-Wanderpreis, ein Vorgabefahren über 25 Kilometer, gewinnt K. Riesner vor Jenske, Leutert und Raabe. Laskowitz kam in der 24. Runde zu Fall und gab auf. — Die Fliegerrennen wurden heute von kleinen Fahrern bestritten und sahen im Hauptfahren Freiwald vor Abraham und Krupkat, im Malfahren Conrad vor Gutzmann, Behrend und Mitschker, in den Vorgabefahren Pfaff und Gottesleben, und im Tandemfahren Abraham-Freiwald vor Rehra-Linsener und Krupkat-Börgemann siegreich. Der Besuch war mäßig.

Ein Harmonikaspieler hat am 25. Juli in Schöneberg in einem Lokal einen Holzkasten zurückgelassen, in dem sich eine Harmonika befindet. Der Besitzer des Instruments kann infolge Gedächtnisschwäche das Lokal nicht wieder ermitteln und er bittet den Lokalinhaber auf diesem Wege um Benachrichtigung an Fr. Heidemann, Wörtherstr. 49, Hof parterre.

Gestohlen wurde am Sonnabendnachmittag zwischen 4—4½ Uhr in der städtischen Badeanstalt Gerichtstraße ein Fahrrad mit gelben Felgen und mit dem Firmenzeichen W. K. C. Zweckdienliche Auskunft wolle man geben an John, Putbuser Str. 87, II.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Aus der Magistratssitzung. An Stelle des infolge seiner Ernennung zum Kreisschulinspektor ausgeschiedenen Rektors Schönborn wurde der Lehrer Emil Herrmann hierselbst zum Rektor der 19. Gemeindeschule zum 1. Juli cr. gewählt. Dem Vorschlage der Eisenbahndirektion, am Bahnhof Köllnische Heide eine Verstärkung der Futtermauern zwecks späterer Aufnahme eines Anschlußgleises vorzusehen, wurde zugestimmt. — Die allgemeinen Grundsätze über die Führung von Lagerbestandsbüchern bei der städtischen Verwaltung in Neukölln wurden genehmigt. — Der vom städtischen Vermessungsbureau unterm 6. Juni 1912 aufgestellte Plan zur Abänderung der Baufluchtlinien der Neuen Donaustraße zwischen Roseggerstraße und Straße 15 wurde ebenfalls genehmigt. — Der vom städtischen Vermessungsbureau unterm 5. Juni 1912 aufgestellte Bebauungsplan für den von der Bergstraße, Rosenstraße, Richardstraße, dem Richardplatz und Hohenzollernplatz begrenzten Grundstücksblock wurde genehmigt. — Der Entwurf für das Pumpwerk Südost wurde genehmigt und die Ausführung beschlossen. — Die Ausführung des Schiffahrtskanals in dem erweiterten Querschnitt wurde beschlossen.

Adlershof.

Die letzte Gemeindevertretersitzung stand bereits im Zeichen der Ferien. Der Bürgermeister, ein Schöffe und vier Vertreter fehlten, so daß die Beschlußfähigkeit nur knapp vorhanden war. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Aenderung der Grundsteuerordnung" wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Auf Antrag des Verkehrsverbandes an der Görlitzer Bahn wurden zum „Führer durch die südöstlichen Vororte" 20 M. neben den Kosten für das Inserat bewilligt. Eine lebhafte Debatte entspann sich beim Punkt „Feuerwehrangelegenheiten". Der Oberführer der freiwilligen Feuerwehr hatte, als er nicht gleich die von ihm beantragte und begutachtete Feuerleiter bewilligt bekam, sondern ein Obergutachten eingeholt wurde, sein Amt niedergelegt. In einer Korpsversammlung haben dann die Mitglieder der Wehr Stellung zu der Angelegenheit genommen und in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß sie mit ihrem Oberführer eins sind und sich der „korrekten" Handlungsweise voll und ganz anschließen. In der Diskussion wurde von Herrn K., Vertreter der zweiten Abteilung, die Sache so dargestellt, daß der Oberführer sein Amt nur niedergelegt hat, weil ihm von einem Mitgliede der Gemeindevertretung (!) die ganze Angelegenheit entstellt wiedererzählt worden sei. Die Gemeindevertretung müsse dieser Situation Rechnung tragen und dem Oberführer ein Vertrauensvotum ausstellen, selbst die Empfehlung zur Wiederwahl sollte innerhalb des Beschlusses zum Ausdruck kommen. Von unserer Seite wies Genosse Zabel ein solches Ansinnen, das nicht einmal bei den Parteifreunden des Herrn K. Anklang fand, zurück. Von einem Vertrauensvotum kann hier keine Rede sein. Fühlte sich der Oberführer der Wehr zurückgesetzt, hätte er offiziell an die Gemeindevertretung eine Anfrage richten und nicht auf Einflüsterungen von gewisser Seite hören sollen. Die der Vertretung zugegangene Resolution müsse zurückgewiesen werden. In diesem Sinne wurde auch beschlossen; ferner soll die so viel angefeindete Leiter beschafft werden. Ohne eine größere Debatte wurde ein Antrag unserer Genossen, Bildung eines Feuerwehr- und Straßenreinigungsausschusses einstimmig angenommen. In der Zusammensetzung dieses Ausschusses ist eine Verständigung dahin erzielt, daß auch drei Bürgerdeputierte hineingewählt wurden. Die erste Abteilung wählte den jeweiligen Führer der Feuerwehr, von unserer Seite wurde Genosse Zabel und als Bürgerdeputierter Genosse P. Weichert gewählt. Unter Verschiedenem kamen nochmals die der Ortskanalisation nicht angeschlossenen Klosetts auf dem Grundstück der Firma Kahlbaum zur Sprache. Nach einem von der Polizeiverwaltung eingeholten Gutachten sollen die technischen Schwierigkeiten so groß sein, daß der Anschluß unmöglich wird. (?) Es stehen der Gemeindeverwaltung allein keine Zwangsmaßnahmen zur Verfügung, die Firma zu zwingen, unter diesen Umständen den Anschluß vorzunehmen, so daß hiermit die Angelegenheit so gut wie erledigt zu betrachten ist.

Stralau.

Zu den bevorstehenden Untertunnelungsarbeiten der Straße Alt-Stralau wird uns zur Ergänzung unseres Berichts über die letzte Sitzung der Gemeindevertretung noch mitgeteilt, daß die Arbeiten auf der Südseite beginnen. Während dieser Zeit wird der südliche Bürgersteig sowie der gesamte Fahrdamm gesperrt, so daß der ganze Fuhrwerks- und Straßenbahnverkehr über den nördlichen Bürgersteig geleitet wird.

Friedrichsfelde.

In der Generalversammlung des Bezirkswahlvereins erstattete Genosse Schwenk den Bericht vom verflossenen Geschäftsjahr und gedachte eingangs seiner Ausführungen des verstorbenen Genossen Schröder, der als Mitglied der Bezirksleitung lange tätig war.

An besonderen Arbeiten hat es in diesem Jahre nicht gefehlt; fielen doch die Reichstagswahlen und Gemeindewahlen in diese Zeit und wurden ganz erhebliche Anforderungen an die Parteigenossen gestellt, aber die aufgewendete Mühe war nicht vergebens; besonders in den Landorten haben wir gute Fortschritte zu verzeichnen.

Anläßlich der Maifeier fand eine von 250 Personen besuchte Vormittagsversammlung statt. Die Versammlungen und Zahlabende waren in zufriedenstellender Weise besucht. Aber alle diese Erfolge dürfen die Parteigenossen nicht ruhen und rasten lassen, sondern sie müssen in noch stärkerem Maße ihre Kräfte der Partei zur Verfügung stellen, um dem Gegner Schritt für Schritt an Terrain abzugewinnen. Gerade gegenwärtig sind die „Herren" wieder dabei, die Sozialdemokratie zu „vernichten". Zeigen wir ihnen die Zähne und es wird ihnen alle Lust zu Gewaltmaßregeln vergehen.

Genosse Münnich gab den Kassenbericht des Geschäftsjahres. Einer Einnahme von 1898,87 M. stehen an Ausgaben 1872,85 M. gegenüber. An den Kreis wurden 860,19 M. abgeführt. Der Mitgliederstand ist auf 324 gestiegen (270 männliche und 54 weibliche Mitglieder).

Zur Leitung des Bezirks wurden gewählt: Schwenk, Bezirksleiter, C. Münnich, Kassierer, Hutter, Schriftführer. Die Bezirksleitung hat eine Neueinteilung der Bezirke vorgenommen und der Versammlung einen Plan, nach dem der Ort in sechs Gruppen (Bezirke) eingeteilt ist, zur Beschlußfassung vorgelegt. Die Versammlung stimmte der Neueinteilung zu. Die Gruppenführer werden auf den Zahlabenden gewählt. — Der Kreisgeneralversammlung soll Genosse Lehmann als zweiter Kreisvorsitzender vorgeschlagen werden.

Die Bibliothek des Bezirkswahlvereins befindet sich beim Genossen Hutter, Prinzen-Allee 47 I, und ist wochentags von 6½ bis 8½ Uhr abends, Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurden in geheimer Sitzung die Ergänzungswahlen zur Schuldeputation vorgenommen. Gewählt wurden die bürgerlichen Vertreter Görling und Gude, während unser Genosse Barth 7 Stimmen auf sich vereinigte. Die Kassenrevisionsprotokolle vom 30. Mai und 27. Juni und die Jahresabrechnung wurden ohne Debatte genehmigt. Von der Schuldeputation lag ein Antrag vor, täglich einige Schulklassen an den Nachmittagen offen zu halten, damit die Kinder dortunter Aufsicht von Lehrern ihre Schularbeiten machen können. Diese Einrichtung soll am 1. Oktober beginnen und betragen die Kosten für das Winterhalbjahr 750 M., die nach kurzer Debatte einstimmig bewilligt wurden. Der Bebauungsplan für das Gelände des Beamtenheimstätten-Vereins, der den Bau von 45 Einfamilienhäusern vorsieht, wurde genehmigt.

Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß auf Vorschlag der Schuldeputation der Rektor Liebau aus Kyritz für die Knabenschule zum Rektor gewählt worden ist und seine Stellung am 1. Oktober antritt. Im weiteren teilte er mit, daß die Stadt Berlin einen Anteil von 5000 M. von der Freibad-Müggelsee-Gesellschaft erworben hat.

Ein Antrag des Herrn Jahm, der auf seinem unbebauten Grundstück Scharnweberstr. 34 öffentliche Schaustellungen veranstalten will, wurde abgelehnt, da die Anwohner in dieser Gegend sich wiederholt beschwert haben.

Zum Schluß kam es zwischen unseren Genossen und dem Bürgermeister zu einer lebhaften Auseinandersetzung anläßlich folgender Anfragen, die Genosse Mieke an diesen stellte: „Welche Gründe haben die Schulaufsichtsbehörde veranlaßt, dem Arbeiterturnverein „Vorwärts" die Genehmigung zur Benutzung der Turnhalle zu versagen und weshalb hat der Gemeindevorstand der Aufforderung der Regierung unverzüglich Folge geleistet und die weitere Benutzung der Turnhalle dem Turnverein verboten und was gedenkt nun der Gemeindevorstand zu tun, um dem Turnverein Vorwärts in irgend einer Weise entgegenzukommen. Der Bürgermeister erklärte hierauf, daß er jetzt die Anfragen mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung nicht beantworten würde, und ersuchte, derartige Anfragen ihm vorher schriftlich mitzuteilen, damit der Gemeindevorstand noch Stellung dazu nehmen könne und im übrigen die Verhandlungen durch Anfragen nicht gestört werden. Unsere Genossen wiesen die Angriffe entschieden zurück und verwahrten sich dagegen, daß sie durch solche Anfragen die Verhandlungen störten. Sie wollten nur Auskunft hierüber haben, um dann später Anträge in dieser Angelegenheit zu stellen.

Lichtenrade.

Auf zur Stichwahl. Die infolge Ungültigkeitserklärung von zwei Mandaten zur Gemeindevertretung notwendig gewordene Neuwahl hat am 29. Juni zu keinem endgültigen Resultat geführt und findet die Stichwahl Mittwoch, den 10. Juli, nachmittags von 5 bis 9 Uhr, im Wirtshaus Lichtenrade am Bahnhof statt. An die Parteigenossen ergeht die dringende Mahnung, die Lässigen aufzurütteln, daß sie an diesem Tage auch ihre Pflicht erfüllen und ihre Stimme für die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Friedrich Lier und Karl Nowigk abgeben. Ebenso werden die Genossen ersucht, sich rechtzeitig vor der Wahl im Wahllokale einzufinden und auch nachher zur Wahlarbeit sich bereitzuhalten.

Französisch-Buchholz.

Gemeindevertretersitzung. Als erster Punkt wurde die Wahl von zwei Mitgliedern der Voreinschätzungskommission und zwei Stellvertretern vorgenommen. Auf Antrag der Wegekommission wurde gegen die Stimmen unserer Genossen die Abnahme der Margaretenaue beschlossen. Schon während des Baues kritisierten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, daß zum Unterbau der Straße fast ausschließlich Bauschutt und anderer Unrat verwandt wurde. Ein Antrag auf Erwerbung der Mitgliedschaft des Brandenburgischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose mit einem Jahresbeitrag von 20 M. wurde ebenfalls gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. — Ein auf Abänderung des Ortsnamens gerichteter Antrag wurde zurückgestellt, da man sich nicht einigen konnte den Ort in Berlin-Buchholz oder Berlin-Franz.-Buchholz umzutaufen.

In geheimer Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Gemeinde Pankow die Spülleitung an der Panke auf gütlichem Wege nicht entfernen will; es soll daher der Klageweg beschritten werden. — Die Kirchengemeinde hat die Einführung des einjährigen Konfirmandenunterrichts abgelehnt.

Tegel.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen nachmittag gegen 5¼ Uhr in der Berliner Straße. Dort wollte der 50jährige Straßenfeger Karl Hirsch, Schöneberger Straße 28 wohnhaft, kurz vor einem Motorwagen der Linie 31 die Gleise überschreiten, ohne auf die Warnungssignale des herannahenden Straßenbahnwagens zu achten. H. wurde vom Vorderperron erfaßt und kam so unglücklich zu Fall, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Man schaffte den Verunglückten zu einem in der Nähe wohnenden Arzt, wo er jedoch bereits nach wenigen Minuten verstarb. Die Leiche wurde nach dem Tegeler Spritzenhaus übergeführt.

Weißensee.

Vandalen treiben gegenwärtig auf dem Gemeindefriedhofe ihr Unwesen. Die Täter haben es auf Beraubungen der Gräber abgesehen und mit Vorliebe lösen sie von Erbbegräbnissen wertvolle Bronzeketten sowie Metallteile los. Auch in der gestrigen Nacht wurde wieder ein derartiger Diebstahl ausgeführt. Einer der gefährlichen Räuber konnte mit Hilfe eines Altwarenhändlers unschädlich gemacht werden. Er bot dem Händler Bronzeketten für wenig Geld zum Kauf an, und da dem letzteren die Sache verdächtig vorkam, benachrichtigte er die Polizei. Der Verkäufer wurde festgenommen und entpuppte sich auch als einer der nächtlichen Friedhofsdiebe.

Potsdam.

Die Aufhebung der Michaelisaufnahmen in den hiesigen Gemeindeschulen, in der Charlottenschule und in der Vorschule der Oberrealschule ist nunmehr seitens der Regierung genehmigt worden. Es werden mithin neue Michaelisklassen nicht mehr gebildet. Die Kinder, die nach dem 1. Juli das 6. Lebensjahr erreichen, werden zu Ostern nächsten Jahres eingeschult. In der Oberrealschule wird die Aufhebung vom Jahre 1915 ab beginnen und am Lyzeum auch bereits von diesem Jahre ab. Die Genehmigung für diese beiden Lehranstalten war schon vorher erteilt worden. In der städtischen Vorschule in der Hohenzollernstraße bleiben die Michaelisaufnahmen bestehen.

Leichenfund. In der Nähe der Glienicker Brücke wurde dieser Tage die Leiche eines unbekannten Mannes gelandet. Der Tote, der etwa acht Tage im Wasser gelegen haben mag, ist etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,75 Meter groß, kräftig, hat dunkelblondes Haar, rötlichblonden vollen Schnurrbart, volles Gesicht, rötlichblonde Augenbrauen und vollständige Zähne. Die Bekleidung bestand aus einem blauen Jackettanzug, blauem Oberhemd, weißem Stehumlegekragen, weißen Manschetten, weißem Vorhemd, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen. Das Taschentuch ist W. F. gezeichnet. Bei der Leiche befanden sich eine silberne Taschenuhr mit gelber Kette, ein Portemonnaie mit 12 M. in Silber und Nickel, zwei Manschettenknöpfe und ein Taschenfahrplan. Zweckdienliche Mitteilungen über die Person des Toten werden von jedem Polizeirevier sowie von der Kriminalpolizei in Potsdam entgegengenommen.

Aus aller Welt.

Der moderne Doktor Eisenbart.

Der englische Schriftsteller Wells schrieb vor etlichen Jahren einen fesselnden Roman, eine Art Epopöe der modernen Reklame, die den Titel trug „Tono-Bungay". Das war auch der Titel der wunderbaren Medizin, die der Held erfunden hatte und die ihn zum steinreichen Mann machte. In seiner Sturm- und Drangperiode hatte der Held einen genialen Einfall. Er wollte ein Monopol in Kinderpulver herstellen, um dann die Früchte seiner Weitsichtigkeit einzuheimsen, wenn die verzweifelten Väter und Mütter der heulenden Babies händeringend zu ihm kämen. An diesen Roman erinnern lebhaft die Zeugenaussagen vor dem Komitee des englischen Unterhauses, das eingesetzt worden ist, um die Notwendigkeit einer strengeren Gesetzgebung in bezug auf den Vertrieb sogenannter patentierter Arzneien zu untersuchen. Wenn man die Vereinigten Staaten ausnimmt, gibt es wohl kein Land auf der Welt, in dem solche Unmengen Patentmedizin verschluckt werden wie in England. An dieser Industrie hat natürlich die kapitalistische Presse, die jedem Schwindel bereitwilligst die Spalten öffnet und von den Millionen zehrt, die von den Besitzern der patentierten Arzneimittel jährlich für Reklame ausgegeben werden, ein großes Interesse, und es ist daher leicht verständlich, wenn diese Presse die Zeugenaussagen vor der parlamentarischen Untersuchungskommission totschweigt, obwohl diese Aussagen nicht nur sehr lehrreich, sondern auch äußerst unterhaltend sind.

So sagte Dr. Harrison, ein angesehener Chemiker, der im Auftrage des Aerzteverbandes eine Reihe patentierter Arzneimittel analysiert hat, vorige Woche vor der Kommission aus, daß nach dem heutigen Stand der englischen Gesetzgebung jeder Ignorant sich das schädlichste Gift zusammenbrauen, es für irgend eine Krankheit empfehlen und es zu irgend einem Preise dem Publikum verkaufen könne. „Viele der Ansprüche, die diese Mittel erheben", sagte Dr. Harrison, „sind höchst irreführend, wenn sie nicht absolut falsch sind. Von einigen dieser Mittel wird behauptet: „heilt grauen Star ohne Operation"; „woran Sie auch leiden mögen, diese Medizin wird sie kurieren"; „heilt Zahnweh und Kopfschmerz in zwei Minuten"; ferner „diese Medizin heilt alles mit einer Dosis". Auf einer Etikette liest man, daß die Medizin unter anderen Dingen „Wahnsinn und Schielen" heilt." Ueber die Herstellungskosten und den Verkaufspreis der Wundermittel machte der Chemiker folgende Angaben. Eine kostbare Medizin gegen eine schwere Krankheit, die für 42,40 M. verkauft wird, kostet nach Dr. Harrison an Herstellungskosten ganze 20 Pf.! Die Herstellungskosten einer mit 4,50 M. verkauften Medizin betragen 1½ Pf., eine Medizin zu 13 M. kostet 25 Pf. und eine solche zu 11 M. ebenfalls 25 Pf. herzustellen.

Wie können sich nun die vielen Hunderttausend Menschen, die doch nicht alle Narren sein können, derart betrügen lassen? Sie müssen das Gefühl haben, daß ihnen die patentierte Medizin wirklich gut bekommt; zum Zustandekommen dieses Gefühls muß übrigens der Alkohol oder das sonstige Betäubungsmittel, das dem Gebräu gewöhnlich beigemischt ist, wesentlich beitragen.

Ein neuer Höhenrekord Helmut Hirths.

Der Sieger des Fernfluges Berlin—Wien, Helmut Hirth, war am Sonnabend früh von Berlin aus auf seiner Rumpler-Taube nach Leipzig geflogen, um dort an der Flugwoche teilzunehmen. Am Abend desselben Tages vollbrachte er, wie wir schon telegraphisch berichteten, bei einem Höhenfluge eine glänzende Leistung, indem er es auf 4100 Meter Höhe brachte, wodurch er einen neuen Welt-Höhenrekord für einen Flug ohne Passagier aufstellte. Damit ist der Welt-Höhenrekord im Flug ohne Passagier von Frankreich, wo er von Garros mit 3900 Metern gehalten wurde, auf Deutschland übergegangen. Den Höhenrekord mit einem Passagier hat bekanntlich erst vor wenigen Tagen der österreichische Oberleutnant Blaschke errungen, der dabei mit seinem Pfeil-Lohner-Doppeldecker die größte bis jetzt von einem Flugzeug überhaupt bewältigte Höhe von 4260 Metern erreichte.

Erfolgreiche Zeppelinfahrt.

Das Zeppelin-Luftschiff „Viktoria Luise" unternahm am Sonntag von Hamburg aus eine Fahrt nach Hannover. Nach einstündigem Aufenthalt stieg es wieder zur Rückfahrt nach Hamburg auf, wo es glatt landete.

Kleine Notizen.

Ein Militärflugzeug abgestürzt. Am Sonnabendabend stürzte in der Nähe von Parchim ein Militärflugapparat ab. Der Apparat wurde total zertrümmert, die beiden Offiziere trugen glücklicherweise nur leichtere Verletzungen davon.

Bootsunglück. Auf der Ems schlug am Sonnabend ein Boot mit mehreren Frauen und Kindern um. Zwei Frauen und ein Knabe ertranken. Die Leiche des Knaben konnte noch nicht geborgen werden.

Im Freibad ertrunken. Im Freibad Wittenbergen bei Blankensee ertranken drei junge Leute. Bisher wurde nur eine Leiche aufgefunden.

Katastrophe beim Scharfschießen. Auf dem Schießplatze Oerkeny in Ungarn platzte infolge vorzeitigen Explodierens einer Granate das Rohr eines Versuchsgeschützes. Hierbei wurden vier Kanoniere getötet und vier lebensgefährlich verletzt.

Von einer Tänzerin erstochen. Ein junger Deutscher namens Karl Weinberg ist in London von einer spanischen Tänzerin, mit der er ein Verhältnis unterhielt, aus Eifersucht erstochen worden. Die Täterin wurde festgenommen.

Grausige Ballonfahrt. Eine grausige Ballonfahrt machten fünf in Venedig aufgestiegene Luftschiffer mit einem Freiballon. Bei Verona wurde der Ballon durch aufsteigende Luftströme von 2000 Meter auf 7000 Meter Höhe gerissen. Die Luftschiffer verloren sämtlich das Bewußtsein. Als sie aufwachten, befanden sie sich bereits wieder in 2000 Meter Höhe. Sie landeten endlich bei Budapest.

50 Arbeiter verbrannt. Aus Tambow (Rußland) wird gemeldet, daß in einer großen bei Lipezk gelegenen Zuckerfabrik Sonnabend nacht eine große Feuersbrunst ausgebrochen ist. 60 Arbeiter, die in einem leeren Rübenschuppen übernachteten, sind im Schlafe von dem Brand überrascht worden und in den Flammen umgekommen.

Pestfälle in Havanna. In Havanna sind mehrere Pestfälle festgestellt worden. Auch aus Porto Rico wird das Auftreten der Seuche gemeldet. Man ist bemüht, namentlich durch Vertilgung der pestinfizierten Ratten der Ausbreitung der unheimlichen Krankheit entgegenzutreten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Groß-Lichterfelde. Heute Dienstag beim Frauen-Kaffeekochen im Lokal Erpel, Berliner Straße 129, spricht Genossin Lola Haase über: „Wie sollen wir unsere Kinder kleiden?" nebst Vorführungen.

Marktbericht von Berlin am 6. Juli 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 9,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,20. Aale 1,20—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,00—2,80. Barsche 0,80—2,40. Schleie 1,20—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—40,00.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 7. cm	seit 6. 7. cm[1])	Wasserstand	am 7. 7. cm	seit 6. 7. cm[1])
Memel, Tilsit	118	—1	Saale, Grochlitz	74	—2
Pregel, Insterburg	—46	+8	Havel, Spandau[2])	36	—4
Weichsel, Thorn	—	—	„ Rathenow[2])	28	—6
Oder, Ratibor	133	—1	Spree, Spremberg[2])	80	—2
„ Krossen	94	—4	„ Beeskow	72	0
„ Frankfurt	113	—5	Weser, Münden	122	+2
Warthe, Schrimm	—8	—2	„ Minden	197	—3
„ Landsberg	—13	—2	Rhein, Maximiliansau	523	—9
Netze, Nordamm	—5	—5	„ Kaub	282	+1
Elbe, Leitmeritz	0	+6	„ Köln	263	—2
„ Dresden	—126	0	Neckar, Heilbronn	32	—11
„ Barby	154	—4	Main, Hanau	127	+2
„ Magdeburg	120	—6	Mosel, Trier	83	+5

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel.

Witterungsübersicht vom 8. Juli 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 492	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0°C = 492
Swinemünde	762	Still		wolkenl	22	Haparanda	761	SW	2	wolkig	14
Hamburg	763	WSW	2	Dunst	18	Petersburg	760	O	1	wolkenl	14
Berlin	762	S	1	halb bd.	21	Scilly	763	NNW	4	Regen	13
Frankf. a. M.	764	SW	1	Dunst	17	Aberdeen	755	S	3	wolkig	14
München	763	SW	4	bedeckt	15	Paris	766	NNW	2	bedeckt	15
Wien	762	WNW	5	wolkenl	17						

Wetterprognose für Dienstag, den 9. Juli 1912.

Warm und zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.